

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 38. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2004-2008)

Sitzungsdatum: 16. April 2008
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 20.40 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Susanne Studer, Präsidentin Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Roman Meury
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
Scharaf Helmy, Rechtsdienst

Gäste: ./.

Entschuldigt: Dr. Lucius Cueni
Jürg Gass
Benedikt Gnos
Ursula Pozivil
Kurt Kneier (anwesend nach der Pause)

Abwesend: Peter von Arx

2/3-Mehrheit: 18:00 Uhr bis zur Pause: 23 (34 Anwesende)
19:40 Uhr bis 20.40 Uhr 24 (35 Anwesende)

Bereinigte Traktandenliste

- 1. Bericht des Gemeinderates vom 24.10.2007 betreffend
Genehmigung der Quartierplanung „Gewerbezentrum Letten“
bestehend aus Quartierplan und Quartierplanreglement; 2. Lesung** Geschäft 3753/A
- 2. Bericht des Gemeinderates vom 28.11.2007 betreffend
Anpassung Lärm-Empfindlichkeitsstufen-Plan (LESP); 1. Lesung** Geschäft 3760/A

-
- | | | |
|-----------|---|-----------------|
| 3. | Bericht des Gemeinderates vom 09.01.2008 betreffend
Genehmigung der Quartierplanung Spitzwald bestehend
aus Quartierplan und Quartierplanreglement; 1. Lesung | Geschäft 3726/A |
| 4. | Interpellation Sam Champion, SD, vom 28.09.2007 (Eingang 02.10.07)
betreffend Kosten des ehemaligen Ortspolizisten A. K.
Geschäftsvertretung GP Dr. Anton Lauber | Geschäft 3752 |
| 5. | Postulat Siro Imber, FDP, vom 14.11.2007, betreffend
Konsequenzen der Unterschutzstellung der Schulhäuser Breite
und Schönenbuchstrasse (neu)
Antrag Gemeinderat: Entgegennahme /
Geschäftsvertretung GR Roman Meury | Geschäft 3757 |
| 6. | Postulat Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, vom 07.11.07 (Eingang: 14.11.2007)
betreffend 100 Solardächer für Allschwil
Antrag Gemeinderat: Nichtentgegennahme /
Geschäftsvertretung GR Robert Vogt | Geschäft 3758 |
| 7. | Postulat Ursula Pozivil-Pfister, FDP, vom 16.01.2008
betreffend Verwertung von Grüngut- und Küchenabfällen
Antrag Gemeinderat: Entgegennahme /
Geschäftsvertretung GR Robert Vogt | Geschäft 3764 |
| 8. | Postulat Alice Märky, FDP-Fraktion, vom 16.01.2008 betreffend
S-Bahn-Haltestelle Basel Morgartenring / Allschwil
Antrag Gemeinderat: Entgegennahme /
Geschäftsvertretung GR Robert Vogt | Geschäft 3765 |
| 9. | Verfahrenspostulat Josua M. Studer, SVP-Fraktion, vom 31.01.2008
betreffend Überarbeitung des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates
Antrag Büro ER: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung ER - Präsidentin Susanne Studer | Geschäft 3767 |

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER des Gemeinderates

Für das Protokoll:

Jörg Bertsch / Scharaf Helmy, Rechtsdienst

Einwohnerratsprotokoll Nr. 38 vom 16. April 2008.

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Die Präsidentin des
Einwohnerrates Allschwil**

Susanne Studer

Begrüssung

Guten Abend miteinander. Ich möchte als Erstes allen wiedergewählten und neu gewählten Gemeinderäten gratulieren, sowie allen gewählten Einwohnerräten. Herzlich begrüssen möchte ich im Einwohnerrat Herrn Simon Maurer von der SP. Er ist anstelle des zurückgetretenen Rolf Glatz nachgerückt. Alles Gute, Herr Maurer.

Entschuldigt haben sich heute Frau Gemeinderätin Schärer, Herr Gemeinderat Giger, Frau Gemeinderätin Nüssli, Herr Gemeinderat Julier, Herr Gass, Herr Cueni, Frau Pozivil, Herr Gnos und eventuell später kommt Herr Kneier.

[Feststellung der Präsenz, sh. Liste]

Leider ist Herr Lucius Cueni heute Abend nicht da. Ich hätte ich ihm gerne zu seiner Promotion gratuliert. Ich werde das nachholen.

Mitteilungen

Wir kommen zu den neuen Vorstössen:

- Eine Interpellation der FDP-Fraktion „Finanzielle Auswirkung der Pensionskassenrevisionen“. Herr Imber, möchten Sie es kurz begründen?
[verneint]

- Eine Interpellation von Basil Kröpfli, SVP, betreffend Stellungnahme des Gemeinderates zur Teilrevision des Gastgewerbegesetzes. Herr Kröpfli?

Basil Kröpfli, SVP-Fraktion: Ich möchte die Interpellation für dringlich erklären lassen. Ist das jetzt der richtige Zeitpunkt? – Als ich die Medienmitteilung las, die der Gemeinderat herausgegeben hatte zur Vernehmlassung des Gastgewerbegesetzes, bin ich ordentlich erschrocken. Sonst erfährt man dort nicht so brisante Neuigkeiten. Ich bin ordentlich erschrocken über den Inhalt dieser Medienmitteilung. Es ist nicht in erster Linie eine politische Frage, sondern vor allem eine juristische Frage. Ich habe nicht ganz verstanden, wie ein Gemeinderat, in dem immerhin vier Juristen, davon zwei Anwälte, Einsitz nehmen, dazu kommt, derartige Grundrechtseinschränkungen anzubahnen. Aus dem Grund habe ich diese Interpellation eingereicht. Ich möchte sie für dringlich erklären lassen, weil die Vernehmlassung jetzt läuft. Es war in den Medien. Das Thema ist immer noch einigermaßen aktuell und brisant, und ich möchte dem Gemeinderat da auch die Möglichkeit geben, sich zu erklären. Denn ich hoffe doch sehr, dass das ein Versehen ist.

Susanne Studer, Präsidentin: Ich möchte jetzt über die Dringlichkeit abstimmen lassen. Es braucht ein 2/3-Mehr, das heisst 23. Wer der Dringlichkeit zustimmen kann, zeigt das mit der Karte.

://:

Mit 21 Ja zu 11 Nein kommt das 2/3-Mehr nicht zustande. Die Dringlichkeit ist abgelehnt.

Susanne Studer, Präsidentin: Dann haben wir eine Interpellation „Polizei-, Verbots- und Kontrollstaat“. Herr Imber.

Siro Imber, FDP-Fraktion: Ich wollte den gleichen Antrag stellen wie Basil Kröpfli. Das erübrigt sich jetzt. Die Dringlichkeit wäre auf jeden Fall gegeben, weil das jetzt behandelt wird beim Regierungsrat. Ich weiss, dass man am Donnerstag mit der Auswertung angefangen hat. Aber aufgrund der Mehrheitsverhältnisse kann ich den Antrag nicht stellen.

Susanne Studer, Präsidentin: Dann haben wir eine Interpellation von Herrn Champion „Trinationaler Eurodistrict Basel“. Herr Champion, möchten Sie es kurz begründen?

Samuel Champion, SD-Fraktion: Es geht um die Landratsvorlage, und zwar bin ich stutzig geworden, dass da die Gemeinde Allschwil betroffen ist. Und was mich daran besonders geärgert hat, ist, dass natürlich genau die Schweiz wieder die Hälfte der Kosten übernehmen muss, statt nur ein Drittel. Das ist natürlich dann Sache des Landrates und nicht von uns hier. Aber was mich hier interessiert, ist, wie weit die Gemeinde davon betroffen ist, und was da für Folgen kommen. Das würde mich interessieren.

Susanne Studer, Präsidentin. Dann hat es noch ein Postulat von Herrn Cueni, betreffend „Dorfbach“, eine Interpellation von Herrn Cueni „Trittsteinbiotop“ und eine Interpellation von Herrn Cueni „Leinenpflicht“. Das waren alle eingegangenen Vorstösse.

Die Traktandenliste und die nötigen Unterlagen sind Ihnen rechtzeitig verschickt worden. Das Geschäft 3726 „Anpassung Lärm-Empfindlichkeitsstufen-Plan“ braucht zwei Lesungen, da dem Plan Gesetzescharakter zukommt und er einen Erlass darstellt gem. § 75 Geschäftsreglement des Einwohnerrates.

Liegen sonst noch Änderungsanträge zur Traktandenliste vor? Ist die Traktandenliste bestritten? [keine Einwendungen] Somit verfahren wir nach der vorliegenden Traktandenliste, mit zwei Lesungen des Geschäfts 3726.

Traktandenliste

337 11.100 Raumplanung/Zonenplanung

Traktandum 1

**Bericht des Gemeinderates vom 24.10.2007 betreffend
Genehmigung der Quartierplanung „Gewerbezentrum Letten“
bestehend aus Quartierplan und Quartierplanreglement; 2. Lesung
Geschäft 3753/A**

Susanne Studer, Präsidentin: Ich frage den Rat an: Liegen neue Aspekte oder Diskussionsbeiträge vor?

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion: Im Vorfeld dieser Sitzung, respektive im Nachtrag zur Sitzung vom Februar, sind wahrscheinlich die Emotionen, kurz vor den Wahlen oder nach den Wahlen, noch ein wenig hoch geschlagen. Und es ist ja der SP dort auch eine so genannte Gewerbebefindlichkeit vorgeworfen worden in diversen Artikeln im Allschwiler Wochenblatt. Ich möchte das hier doch nochmals ein wenig aufnehmen und zu entkräften versuchen. Es ist eben so, dass im Jahr 2001 einmal eine Studie gemacht wurde, die so genannte InterUrban-Studie. Diese InterUrban-Studie hat Befragungen ausgelöst aufgrund des Bauvorhabens „Wegmatten I“. In Wegmatten I hätte ein grosses Einkaufszentrum gebaut werden sollen, und man hat dort versucht, ein neues Zentrum zu schaffen, ein Zentrum mit Einkaufsmöglichkeiten, mit einem Saal, so, wie das eigentlich in der Planung der Gemeinde „Zentrumsbauten 2000“ vorgesehen gewesen war. Das ist unter anderem auch gescheitert, weil verschiedene Gewerbebetriebe im Dorf Angst hatten um ihre Existenz. Weil von Coop gesagt wurde: Wenn Wegmatten gebaut wird, dann wird ganz sicher der Coop im Dorf ausziehen. Man hat dann auch schon die Liegenschaft, respektive den Mietvertrag, an der Baslerstrasse gekündigt, so dass jetzt dort Migros einziehen konnte. Das war der bekannte Abtausch an der Ziegelei. Es wurde letztes Mal auch behauptet, dass eine Menge Allschwiler nach Oberwil gehen. Das ist zu bezweifeln, vor allem wenn man auch diese Studie beizieht. Man redet in dieser Studie von einer guten Eigenversorgung, und man redet davon, dass der Alltagsbedarf zu 60 Prozent des Umsatzes in Allschwil getätigt wird. Das sind die neusten Zahlen. Neuere konnte uns der Gemeinderat leider nicht vorlegen, neuere habe ich auch nicht. Ich denke mir aber, dass sich nicht wahnsinnig viel geändert hat, weil sich ja auch die Einkaufssituation nicht verändert hat, weder in Oberwil, noch sonst irgendwo.

Ich habe noch einige Punkte als Argumentation aufgelistet, möchte aber zuerst schnell noch auf die InterUrban-Studie zu sprechen kommen. Ich bitte um die erste Folie. Hier sehen Sie in der Mitte diese drei „Kuchenstücke“, und darauf ist erkennbar, dass Klein- und Kleinstanbieter zwar nur etwa 27 % der nötigen Verkaufsfläche haben, sie haben aber 34 % vom Umsatz, und sie haben 55 % der Beschäftigten. Das Kleingewerbe im Dorf hat einen schweren Stand, vor allem – haben Leute aus dem Dorf geantwortet – wenn nicht irgendein Grossanbieter mit einer so genannten Magnetfunktion dort ist. – Die zweite Folie zeigt im oberen Kuchenstück den Umsatz, gewichtet danach, woher die Kunden kommen, nämlich zu 77 % aus Allschwil, zu 8 % aus Schönenbuch, das sind die wichtigsten; die anderen kann man, glaube ich, vernachlässigen. – In der dritten Folie ist ein interessanter Teil, und zwar der mittlere: Mit welchen Mitteln kommen die Leute zum Einkaufen? Ganz interessant ist: 76 % - das steht im oberen, also im grossen „Kuchenstück“ – kommen mit dem Velo, zu Fuss oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Das heisst, es sind nur 28 %, die Auto fahren, um im Dorf einzukaufen. – Jetzt komme ich aber noch zur 4. Folie. Das sind alles Kleinargumente, die auch ein Stückweit einfließen, wieso wir gegen den Standort an der Binningerstrasse sind. Die 4. Folie, das war eine Standortmarketing-Umfrage von InterUrban, und ich möchte die Aufmerksamkeit auf den Punkt ganz rechts oben lenken. Das ist das so genannte Konstellationsrisiko. Dort sagen nämlich ziemlich die meisten Leute, die im Dorf ein Gewerbe betreiben, nein, die die etwas verkaufen: Es ist ihnen wichtig, dass sie in der Nähe eines so genannten Publikumsmagneten sind, das heisst eines grösseren Anbieters. Ich glaube, wir können auch den Handlungsbedarf unten kurz beleuchten, es hat allerdings nicht viel mit der Sache zu tun: Das grösste Risiko erachtet man nämlich mit den Parkplätzen. Aber wichtig ist: Der Publikumsmagnet ist eine ganz entscheidende Sache, damit die Kleinbetriebe irgendwie bestehen können.

Ich komme zur Argumentation. Ich wiederhole nochmals: Wir haben knappe Ressourcen im Gewerbegebiet. In Allschwil haben wir total 68 Hektaren Gewerbeflächen. 44.6 Hektar sind überbaut, das heisst, die sind bereits fix und fertig erschlossen, dort geht momentan nichts mehr. Das entspricht 65 %, also rund zwei Dritteln. Es sind 65.6 %. 23.4 Hektaren sind baureif oder mit Entwicklungspotenzial behaftet. Das heisst, wir haben noch ein Drittel unserer Gewerbezone, das wir überbauen können. Das schreitet richtiggehend nach einer Verdichtung der Bauweise, und ich frage wirklich ernsthaft, ob wir uns das in Allschwil leisten können, einstöckige Gebäude auf lange Zeit hinaus so zu zementieren, nur weil Food in einem Gewerbegebiet soll verkauft werden können. Zweitens: Das Gewerbe im Dorf und in der Ziegelei wird massiv unter Druck gesetzt, weil dieser Magnet verschwindet. Ich habe vom Gemeinderat keine überzeugende Antwort bekommen, dass irgendein Coop oder ein anderer Grossanbieter sich bereit erklärt, an der Ziegelei oder auch im Dorf einzuspringen. Da liegt bis heute nichts Schriftliches vor. Und aus diesem Grund glauben wir nicht so ganz, dass diese Magnete dort bleiben werden, respektive dass der Coop im Dorf und der an der Ziegelei dort bleiben werden. Drittens: Der Verkehr nimmt auf der Binningerstrasse massiv zu, wie ich mit der vorletzten Folie gezeigt habe. Wenn bis jetzt 76 % der Leute im Dorf zu Fuss einkaufen gingen, so haben die nachher keine Möglichkeit mehr, zu Fuss den Wocheneinkauf zu machen. Also werden sie das Auto nehmen, und sie werden die stark belastete Binningerstrasse noch mehr belasten. Viel Vergnügen den Einwohnern, die dort wohnen! Viertens: Gerechtigkeit. Bis jetzt habe ich immer gemeint, ein so genanntes Sonderbaurecht, wie es ein Quartierplan darstellt, bringt für beide Seiten etwas. Der Nutzen für Allschwil, für das Gemeinwesen von Allschwil, und vor allem auch für die Leute, die, wie ich darzustellen versuchte, etwas verlieren oder einem höheren Risiko ausgesetzt sind – der Nutzen für diese Leute ist nicht ersichtlich. Es ist vom Gemeinderat auch nie in irgendeiner Art und Weise transparent übergebracht worden, dass tatsächlich ein Nutzen für das Gemeinwesen da ist. Die Steuereinnahmen werden marginal sein. Es wird wenige Arbeitsplätze generieren, und die Arbeitsplätze werden höchstens ein Stückweit eine Quellensteuer generieren, weil die Leute, die in solchen Läden arbeiten, ja meistens aus dem Ausland kommen. Fünftens: Das Konzept Siedlungsplan wird schon zum ersten Mal desavouiert. Wir werden das Konzept Siedlungsplan, und dann auch das Siedlungsplan- und Zonenreglement, das wir vor Kurzem mit viel Bravour hier drin behandelten, schon das erste Mal hintergehen; respektive wir werden schon das erste Mal diesem zukunftsweisenden Gesetz und Reglement widersprechen, wenn wir heute Abend diesen Quartierplan widerstandslos überweisen. Das heisst, die Grundsätze, die wir uns hier drinnen gegeben haben, dass wir sorgsam mit den Ressourcen, mit dem Land umgehen müssen, das ist ein Papiertiger. Darum haben wir einen Rückweisungsantrag zur Überarbeitung an den Gemeinderat gegeben, und das bieten wir euch im Moment an. Ich bin gespannt auf die Diskussion.

Samuel Champion, SD-Fraktion: Ich habe mir auch die Mühe gemacht, den Quartierplan vertieft anzuschauen. Ich bin zum Schluss gekommen, dass ich einen solchen Vertrag, wenn ich den unterzeichnen müsste, niemals unterzeichnen würde. Dieser Vertrag ist voll zugunsten der Gemeinde ausgelegt. Nur ein paar Beispiele daraus: Wieso noch zusätzlich 20 Franken pro Quadratmeter zahlen gemäss Vertrag, der anhängig ist, für eine Fläche von 3'750 Quadratmeter? Das ist für mich nicht nachvollziehbar, warum man da noch zusätzlich 20 Franken pro Quadratmeter verlangen muss.

Trotzdem müssen ja die Bauwilligen die volle Anschlussgebühr zahlen, sie haben keine Reduktion darauf. Es ist nirgends ersichtlich, dass sie eine Reduktion haben würden auf Wasser, Abwasser und andere Erschliessungsanlagen. Dann hat mich noch etwas gestört: dass man von den Bauwilligen noch zusätzlich verlangt, dass sie der Strasse entlang Bäume pflanzen. Das haben wir früher in den alten Bewilligungen auch nicht drin gehabt. Das ist jetzt wieder eingeschlossen worden. Und das ist für mich nicht akzeptabel. Dabei muss man darauf hinweisen, dass diese Kosten, die man diesen Grossverteilern auferlegt, die voraussichtlich dort vorne hinkommen – die machen sich das ganz einfach, die wälzen das einfach auf die Kundschaft ab. Und der Kleine, der dort einkaufen geht, der zahlt das wieder. Sie zahlen das sicher selber nicht. Da muss man sich natürlich auch nicht fragen, warum hier drin alles so viel teurer ist als im Ausland, wenn man mit solchen Kosten auffährt. Das passt gar nicht zusammen. Hingegen finde ich es richtig, wenn die Bushaltestelle auf Kosten dieser Bauherrschaften ausgeführt wird, und zwar muss ja dort bei der Binningerstrasse, wo die jetzige ist, der Bauherr Land abtreten, sie muss verbreitert werden. Sie stört den Verkehr so, sie ist nicht gut angelegt. Auch die Einmündung ist nicht grad supergeseit angelegt. Wenn man halt auch solche Kreisel-Spinnereien hat, wie es zurzeit Mode ist! Es meinen alle, wenn man einen Kreisel baut, sind alle Probleme gelöst, aber das ist eben nicht so. Sondern man sieht es ja jetzt an den bestehenden Kreiseln, wenn der Verkehr einen gewissen Fluss hat, dann kommt es automatisch zum Stau, wenn die Fahrzeuge ansteigen. Das ist keine super Lösung. Gut, ich schliesse vorläufig.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Die CVP ist befremdet über die SP, dass sie erst heute, an der zweiten Lesung, den Rückweisungsantrag stellt. Wir hatten also nicht die Möglichkeit, das in der Fraktion zu diskutieren. Wir sind der Meinung, dass wir nicht vom Eigentümer dieser Liegenschaft verlangen können, dass er die alten Hallen abbricht und darauf ein Hochhaus oder Neubauten errichtet. Das Areal ist übrigens mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar. Man kann mit dem 33er und dem 61er hinfahren, und zum Teil kann man auch zu Fuss dort hingehen. Und Parkplätze hat es auch genug. Also es ist eigentlich von dem her gut erschlossen. Und ins Migros-Paradies fahren die Leute auch mit dem Auto, und in den Jumbo auch. Und dann werden sie das vermutlich gerade in einem machen. Die CVP-Fraktion lehnt den Rückweisungsantrag ab.

Werner Schwarz, SVP-Fraktion: Ich rede im Namen der SVP. Wir sind für diesen Quartierplan. Ich möchte zuerst auf einige Anmerkungen des Herrn Morat eingehen. 77 % der Bevölkerung und noch mehr, die von Schönenbuch kommen, kaufen in Allschwil ein, das finde ich schon einmal sehr positiv. Ich selber habe noch nie etwas von dieser Studie gehört. Meiner Meinung nach wird das Migros-Paradies, das in der Nähe ist, sich den Kuchen aufteilen mit dem grossen Coop, der höchstwahrscheinlich – man hat schon ein paar Mal davon gehört – dort hinkommt. Und uns kann es ja eigentlich egal sein, wie sich dieser Kuchen aufteilt. Und ich sage: Es gibt ja dann auch nicht mehr Verkehr, denn der eine Verkehr geht ins Migros-Paradies, wo ja am Samstag bis ins 4. UG immer alles voll ist. Und das wird sich dann aufteilen, wenn dort ein Coop ist, und somit wird gar kein Mehrverkehr entstehen. Wir denken auch, dass dieser Quartierplan das Quartier als solches neu beleben wird. Das ist momentan einfach ein totes Quartier, wo eigentlich praktisch nichts geht. Es schafft neue Arbeitsplätze. Da muss ich halt dem Herrn Morat sagen: Auch wenige Arbeitsplätze sind für uns als SVP wichtig. Es generiert neue Steuereinnahmen. Und wir profitieren als Einwohner sowieso, denn wir haben mehr Auswahl zum Einkaufen. Wenn eine Migros, ein Coop, und vielleicht kommt auch ein Aldi, und ich sage immer: Konkurrenz belebt... Also es profitieren auch die Einwohner in Allschwil, denn wenn die Konkurrenz gross ist, gehen in der Regel auch die Preise herunter. Darum sage ich, wir von der SVP-Fraktion stimmen diesem Quartierplan zu.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Natürlich hat Herr Morat eine Menge Argumente gebracht, die einem auf den ersten Blick einleuchten könnten. Nur denke ich, es ist sehr viel Theorie. Es nützt nichts, wenn die Praxis das nicht mitmacht. Und wo hat ein Investor Platz auf dem Dorfplatz? Das ist leider die Frage. Das ist leider die entscheidende Frage. Und ich denke, Coop hat schon lange gesucht und bis jetzt nichts gefunden. Ich denke, wir können das immer noch machen. Und jetzt zum neuen Quartierplan: Natürlich ist das kein verdichtetes Bauen, das man eigentlich bräuchte. Aber es wird doch etwas gemacht. Es läuft etwas. Und es ist eine Investition für 15, 20 Jahre, so wie man das herauslesen kann. Also das heisst: In 20 Jahren, wenn man das braucht, wird wieder etwas Neues gemacht. Denn es wird nicht eine wahnsinnige Investition gemacht. Der Investor ist bereit, das wieder grundlegend zu überlegen in 20 Jahren. Von dem her – das sind alles wirklich Gründe, und vor allem dass auch etwas funktioniert. Und es gehen wirklich viele Leute nach Oberwil zum Einkaufen, wenn man es auch nicht wahrhaben will. Oder sie fahren halt ins Deutsche, oder weiss ich wohin. Also die FDP stimmt dieser Vorlage einstimmig zu.

Gemeinderat Roman Meury, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Ich bin jetzt schon überrascht und auch enttäuscht, wie die SP heute Abend argumentiert. Wenn ich mich zurückbesinne, wie es in der Kommission getönt hat, dann entspricht das, was man heute Abend sagt, schon nicht ganz dem, was dort verhandelt wurde. Immerhin, das haben Sie ja alle vor sich, ist dieser Quartierplan mit vier Ja zu null Nein, bei zwei Enthaltungen, durch die Kommission gegangen. Deshalb bin ich überrascht, wie das jetzt heute Abend tönt. Auch wenn man am Anfang sagt, man habe der SP Gewerbefeindlichkeit vorgeworfen, dann muss ich jetzt ehrlich sagen: Das, was Sie heute Abend sagen, das greift natürlich die Handels- und Gewerbefreiheit enorm an, enorm! Und ich frage mich überhaupt, was Sie möchten mit dieser Rückweisung. Sie sagen: zurückweisen, der Gemeinderat soll schauen. Ja, was soll er schauen? Dass drei- oder vierstöckig gebaut wird? Ist das das Ziel? Man muss doch einfach überlegen: Wenn man das sagt, und in der Argumentation auch den Verkehr nennt: Mehr Stockwerke gibt auch mehr Verkehr. Denn irgendjemand muss ja in diesen Stockwerken drin sein. Dann wird auch argumentiert, dies sei jetzt das allerletzte Gewerbeland, das wir noch besitzen. Es sind auch Prozentzahlen genannt worden. Man hat gesagt, 65 % sind schon überbaut, und 34 % sind es nicht. Das ist ein Flächenvergleich, ich möchte das betonen, das ist ein Flächenvergleich. Wenn Sie die 34 % aufschlüsseln, dann sind die aufschlüsselbar in noch nicht überbaute Parzellen und solche, die baureif sind und noch Entwicklungspotenzial haben. Also das heisst zum Beispiel eine Parzelle, die vielleicht einstöckig ist, aber man kann sie zwei-, drei- oder vierstöckig – wobei, im Gewerbegebiet geht es ja letztlich um die Höhe – nutzen. Immerhin kann man diese 34 Prozent aufschlüsseln in 22 % baureif/unüberbaut, also leere Parzellen, und in 12 % teilweise überbaut, also mit Entwicklungspotenzial. Wenn Sie das berücksichtigen, dann sind es weit mehr als die 34 %, die wir nutzen können. Da bewegen wir uns in der Region von 50, 55 %. Und ich meine, eine Gemeinde, die von ihrem Gewerbeland 55 % noch nutzen kann, die steht nicht schlecht da. Jedenfalls nicht so schlecht, wie Sie das jetzt dargestellt haben.

Zu einigen Argumenten, die Sie nannten: Sie haben zurückgegriffen auf die InterUrbanStudie. Das ist richtig, diese Studie ist erstellt worden im Zusammenhang mit Wegmatten. Ob man die nun 1 : 1 so heranziehen kann, das möchte ich mehr als bezweifeln. Es sind übrigens auch Fehler gesagt worden. Also der Coop musste eigentlich aufgrund eines Missverständnisses tauschen dort vorne. Das war nicht so gezielt, wie du das jetzt dargestellt hast. Gefragt worden ist auch, was mit den anderen Coop-Läden passiert. Also ich möchte einfach nochmals betonen. Es ist nicht die Gemeinde, es ist nicht der Gemeinderat, es sind nicht wir hier drinnen, die sagen, welcher Laden geschlossen werden soll und welcher nicht. Das ist Sache des Anbieters. Es ist Sache von Coop zu beurteilen: Rentiert dieser Laden, oder rentiert er nicht. Das ist nicht unsere Sache. Immerhin existiert eine Zusicherung, dass der Coop im Dorf nicht geschlossen wird. Und es stimmt einfach die ganze Argumentation nicht, die Sie brachten, im Dorf brauche es einen Magneten für das Kleingewerbe, denn der Coop ist immer noch dort. – Dann, das wurde letztes Mal auch schon gesagt, dieser Siedlungsplan werde jetzt bereits das erste Mal desavouiert. Also da suche ich lange, bis ich diese Desavouierung finde. Es steht im Siedlungsplan, dass das eine Gewerbezone wird, das ist klar. Und in der Gewerbezone braucht es einen Quartierplan, wenn dort hinein ein Verkauf kommt. Nichts anderes. Wenn es das aber braucht, so heisst das mit anderen Worten, dass ein Verkauf dort grundsätzlich gedacht und möglich ist. Sonst hätte man das nicht in dieser Art und Weise vorgeschrieben. – Dass die Binningerstrasse jetzt schon belastet ist, das ist wahr. Ja, das ist eine Tatsache. Aber wenn Sie sie voll nutzen, wenn Sie sie in der ganzen Höhe nutzen, dann ist sie noch mehr belastet. Also diese Argumentation ist ein Widerspruch in sich selber. – Noch ein Punkt zu Herrn Champion: Er hat Bezug genommen auf die öffentliche Urkunde und sagte, wie der Vertrag zugunsten der Gemeinde sei. So ein QP-Vertrag ist nie zugunsten des einen oder zugunsten des anderen. Sondern es geht darum, ein spezielles Recht zuschaffen. Es geht darum, dass man in gegenseitiger Verhandlung und Absprache eine Lösung findet, von der sowohl die Gemeinde profitieren kann wie auch der, der etwas realisieren möchte. Die Gemeinde im Sinne der Nutzung des Landes, im Sinne allenfalls der Steuereinnahmen, im Sinne aber auch der guten Einkaufsmöglichkeiten, die da geschaffen werden – und da bin ich überzeugt, dass dem so ist. Und der Investor in dem Sinne, dass er das realisieren kann, was er möchte. Also, es ist ein gegenseitiges Geben und Nehmen; und der Infrastrukturbeitrag von 20 Franken ist in gegenseitiger Absprache und Akzeptanz durch den, der das realisieren möchte, akzeptiert worden. Im Übrigen ist das Teil der öffentlichen Urkunde, und die ist hier nicht Gegenstand der Diskussion. – Noch ein letzter Punkt: Arbeitsplätze und Investitionen sind genannt worden. Also immerhin darf man davon ausgehen, dass 10 Millionen investiert werden. Da profitieren auch Allschwiler Firmen. So schlecht finde ich das nicht. Und diese Arbeitsplätze, die nicht geschaffen werden sollen, oder diese ganz, ganz wenigen: Also bei Coop rechnet man mit 40 bis 45 Arbeitsplätzen, und beim anderen mit einer Grössenordnung von 15. Immerhin, ich meine, ein Arbeitsplatz ist ein Arbeitsplatz, ob er jetzt so oder auf dem Level ist.

Also ich möchte Sie dringend bitten, dass Sie diesem Quartierplan so, wie Sie das letztes Mal diskutiert haben, und so, wie es in der vorbereitenden Kommission besprochen wurde, zustimmen.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion: Ich komme gerne darauf zurück, was Herr Gemeinderat Meury erwähnte: Ich komme zurück auf den Zonenplan Siedlung. Wir haben ihn im Oktober/November hier drinnen behandelt, und er ist vom Kommissionspräsidenten als „historisch“ bezeichnet worden. Und diese Worte hat, mit kleinem Vorbehalt, auch Herr Meury unterstützt. Er hat ihn dann weiter noch als „wegweisend“ und „mit grosser Tragweite“ bezeichnet. Und jetzt möchte ich Ihnen gerne zeigen, was zum Thema Gewerbezone in diesem Reglement drinsteht: § 33, Ziff. 2 sagt, in der Gewerbezone – und die an der Binningerstrasse ist Gewerbezone 20 A – sind namentlich zugelassen: Betriebe der Produktion, der Güterverteilung, Lagerung, Transport, Handel, Dienstleistungsbetriebe, Fachmärkte und Büros, Restaurationsbetriebe, Sport- und Freizeitanlagen. Läden sind da nicht aufgeführt – bis auf Fachmärkte. Aber keine Verkaufsläden des täglichen Bedarfs. Wenn man dort auch Verkaufsläden hätte haben wollen, dann wären die sicher auch dort aufgeführt worden, mit dem Hinweis: „Nur im Zusammenhang mit einem Quartierplan“. Aber wo finden wir die Verkaufseinheiten des täglichen Bedarfs? Wir finden sie in der Rubrik „Nicht zugelassen sind...“. Ich gehe schon davon aus, dass das bewusst geschah; denn wir haben dem auch bewusst so zugestimmt. Jedoch, und das ist richtig, es gibt eine Ausnahmeklausel: Verkaufseinheiten – also die bestehenden dürfen bleiben – aber die neuen Verkaufseinheiten sind im Rahmen eines Quartierplanes doch noch möglich. Da gibt es diese Ausnahmeklauseln. Dann geht man nachlesen, was Quartierplanungen verlangen, und dort heisst es: Vom Gemeinderat und vom Projektierenden sind bei der Ausarbeitung der Quartierplanvorschriften „besonders zu beachten“ – und als erster Punkt wird genannt – die „haushälterische Nutzung des Bodens“. Und das ist genau der Punkt, an dem wir schon bei der ersten Lesung sagten, und es gerne auch nochmals wiederholen: Es geht uns nicht darum, dass dort nicht in Form einer Ausnahmeregelung ein Laden hineinkommen kann – und das kann Coop, Aldi oder ein Erotik-Markt sein, was auch immer, darauf haben wir, da hat Herr Meury Recht, keinen Einfluss. Aber wir haben Einfluss darauf, dass der Zonenplan Siedlung eingehalten wird. Und wir verlangen bei Quartierplanungen eine haushälterische Nutzung des Bodens; und in einer Gewerbezone 20 A darf man bis 20 Meter Höhe bauen, und darum sollten wir auch anstreben, dass dort so hoch gebaut wird. Die Handels- und Gewerbefreiheit ist gegeben, denn der Grundeigentümer dieser Parzelle kann all das machen, was in Ziffer 2 des § 33 aufgeführt ist unter der Rubrik „Zugelassen sind...“. Und so lange er sich daran hält, darf er beliebig weiterhin einstöckig wirken. Wenn er aber von dem Ausnahmerecht Gebrauch machen und via Quartierplan Verkaufseinheiten hineinbringen möchte, dann bitte auch so, wie es der Zonenplan Siedlung vorsieht, nämlich so, dass man sorgsam mit den Flächen umgeht und dem entsprechend vermehrt in die Höhe baut.

Zudem werden auch eher arbeitsintensive Gewerbeflächen gewünscht, und weniger publikumswirksame Flächen. Das, und das gebe ich auch zu, vornehmlich in der Zone 20 B und nicht 20 A. Ich denke aber trotzdem, das ist auch da anwendbar.

Bruno Steiger, SD-Fraktion: Wir haben jetzt Argumente gehört von Christoph Morat – ich meine, man kann das wahrscheinlich differenziert anschauen. Und eigentlich hat mir ein Teil deines Votums gefallen. Ich habe gemerkt, dass du langsam auf die Argumentationsbasis von uns Schweizer Demokraten kommst. Du hast jetzt auf einmal ein Herz für die einheimischen Arbeitnehmer gezeigt. Das erste Mal, dass ich das von den Linken höre. Sonst hat man eigentlich immer umgekehrt geredet: Holt alles herein, oder. Das hat mir gefallen. Und da muss ich jetzt auch sagen: Von den Arbeitsplätzen, die es gibt – es gibt wahrscheinlich nicht so viele, es wurde gesagt von Roman Meury: 45 – schätze ich, dass die, die da einen Arbeitsplatz bekommen, mehrheitlich Personen aus dem badischen oder elsässischen Umfeld sein werden, nicht Einheimische, die in Allschwil direkt Steuern zahlen. Jetzt ist da einfach grundsätzlich noch das andere: Thomas Pfaff, da habe ich ein wenig Mühe. Gut, du hast es angetönt, du hast es ein wenig, wie sagt man dem, lockerer gesagt: „haushälterischer Umgang“ mit dem knappen Boden, den wir haben. Es ist so. Ich meine, wenn ihr jetzt in der Welt schaut, geht mal nach Shanghai: Dort zieht mal alles in die Höhe, aus Platzgründen, damit man den Boden optimal nutzt. Aber eben, da habe ich jetzt wieder Mühe. Da kommt ihr wieder mit einer Verkehrspolitik und verflucht den Verkehr. Ihr möchtet ihn quasi eigentlich verbieten, den Verkehr. Das geht natürlich nicht. Das geht nicht. Wie gesagt, Roman Meury, du hast es gesagt: Je höher man baut, desto mehr Einheiten an Menschen gibt es, und die müssen ja auch irgendwie den Weg finden. Ich weiss jetzt nicht – jetzt denke ich einfach, ihr solltet jetzt von der linken Seite – ich meine, und Sam Champion hatte wieder andere Gründe, ich weiss ja nicht, ob er zufrieden ist mit der Begründung von Roman Meury, ich weiss es nicht, aber ich denke nein – und von dem her muss ich jetzt sagen: Was ist besser? Und ich meine, das ist ja jetzt Boden; man muss einen Quartierplan erstellen, das ist Gesetz. Und wenn man das nicht machen kann andererseits, dann passiert einfach nichts, vorläufig. Und von dem her – ich weiss nicht, ein Quartierplan, der hält einfach mal eine Zeitlang. Aber ich nehme an, einen Quartierplan könnte man auch einmal revidieren, wenn es dann mal irgendwie nötig wäre. Er ist nicht verbindlich bis zum Jüngsten Tag. Und von dem her denke ich: Bringt das etwas,

eine Rückweisung? Ich denke es nicht. Und von dem her müsste ich eher sagen: Ihr könnt ja wieder kommen, wenn es dann wirklich einmal heiss wird, in dem Sinne, dass wir dann – ja – ersticken.

Dr. Guido Beretta, Präsident der Verkehrs- und Planungskommission (VPK): Ich hatte eigentlich erst nachher, eingangs der 2. Lesung, das Wort ergreifen wollen. Aber ich möchte einfach jetzt schon das sagen, was ich nachher gesagt hätte. Zuerst einmal: Ich habe gelernt, dass man sich über die Frage „de quoi s'agit-il?“ einmal klar werden muss. Und ich bitte, die erste Folie aufzulegen. Es geht um dieses Gebäude, das Sie hoffentlich alle kennen, damit Sie kompetent darüber reden können. Im linken Teil, von Ihnen aus gesehen, ist eine Änderung vorgesehen. Gegen die Gemeinderatsvorlage sind letztes Mal, bei der ersten Lesung, verschiedene Argumente vorgebracht worden. Zum Beispiel dieses – wir haben es heute wieder gehört – dass das Zonenreglement an dieser Stelle eine Höhe von 20 Metern erlaube. Darf ich bitten, die zweite Folie aufzulegen: Dort ist nämlich eingezeichnet, wie hoch 20 Meter sind. Rechts sehen Sie dort in den Himmel hinauf: So gross würde das Gebäude, wenn man es nach den zulässigen Vorschriften aufbauen würde. Ich lade Sie ein, sich jetzt einmal ganz kurz vorzustellen, wie viele Leute in diesem riesigen Kubus von 20 Metern Höhe und entsprechender Länge – also länger als 20 Meter – arbeiten würden, und wie viel Verkehr die Leute, die dort arbeiten oder zu tun haben, nach sich ziehen würden. Ich behaupte jetzt einmal – als Privatmann, nicht als Präsident der VPK – es ist etwa gleich viel Verkehr wie der, der entstehen würde, wenn man das machen würde, was der Gemeinderat in seiner Vorlage vorgesehen hat, nämlich Ladenfläche zu schaffen. In diesem Zusammenhang ist meines Erachtens bei der ersten Diskussion, in der ersten Lesung, ein Element nicht genug gewichtet worden: Der Grundeigentümer dieses Grundstücks, der Eigentümer der Quartierplanparzelle, hat der VPK erklärt – und damit wissen es eigentlich alle Parteien – dass er nicht genug Interessenten und Mieter für einen allfälligen 20 Meter hohen Bau hätte, also für einen Gewerbe- und Bürokomplex. Er sagt das, weil er schon eine Erfahrung gemacht hat im Grundstück unmittelbar nebenan. Wenn Sie von hier, von diesem Bild aus gesehen, nach links schauen, so liegt dort ein noch unüberbautes Gebiet; anschliessend kommt dann dieser Backsteinbau, in dem einmal eine Zeitlang die Gemeindeverwaltung eingemietet war. Auf dem Areal dazwischen hatte der Grundeigentümer einen zweiten Block hinstellen wollen, genau wie der Backsteinbau, in dem die Gemeinde war. Er hat das nicht gemacht, weil er nicht genug Interessenten, nicht genug Mieter gefunden hat, um das überhaupt zu bauen. Wie soll er jetzt für diesen 20 Meter hohen Bau genügend Interessenten finden? Erklären Sie mir das bitte einmal.

Man hat aus meiner Sicht auch nicht klar dargelegt, warum dieser Industriebau, den Sie hier sehen, aus der hiesigen Ziegelei-Epoche, vorläufig – ich sage noch einmal: vorläufig – nicht so erhalten werden soll. Meines Erachtens präjudiziert die zur Diskussion stehende Quartierplanung eine spätere, andersartige Überbauung dieses Areals überhaupt nicht. Es ist gerade kurz vorher gesagt worden: Man kann einen neuen Quartierplan machen, wenn man dann das Gefühl hat: Das hat sich nicht bewährt, wir wollen jetzt auf die 20 Meter hinauf kommen. Ich fasse also zusammen: Die Mehrheit der Verkehrs- und Planungskommission befürwortet die gemeinderätliche Vorlage. Warum? Weil die Vorlage eine massvolle – bitte, halten Sie sich das vor Augen – eine massvolle Nutzungsänderung eines bestehenden Gebäudes vorsieht. Man möchte das Gelände dort revitalisieren, dieses Gewerbegebiet. Sie rennt also nicht einer hypothetischen, zurzeit unrealistischen Wunschvorstellung nach. Und man baut nicht einfach auf Halde, und hofft dann, man könne diese vier Stockwerke obendran irgendwie nutzen. Darum bitte ich Sie nochmals inständig – oder auch nicht inständig – im Namen der Mehrheit der VPK, einer 2. Lesung zuzustimmen und diesen Antrag zurückzuweisen.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Ich habe gehört heute Abend, dass Konkurrenz attraktiv macht. Das sei ein Grund, dass viele – anscheinend ganz viele – Leute nach Oberwil zum Einkaufen gehen, mit dem Fahrzeug hinübergehen, weil es dort scheinbar durch die Konkurrenz günstiger ist, oder weil sie sich sagen: Ich gehe in ein anderes Quartier, damit mich niemand kennt. Ich frage mich aber wirklich, wenn es so ist, und wir machen bei uns genau das Gleiche: Konkurrenz – attraktiv – mehrere Einkaufsmöglichkeiten nebeneinander – das ist doch genau das, was dort drüben ist: Wir machen eine Verlagerung. Oder was Bruno Steiger sagte: Holt alles herein! Der Verkehr, Jürg, wird zunehmen. Wenn das gilt, was ihr sagt – ich gehe dort einkaufen, wo es attraktiv ist – dann ist ganz klar: Dann wird Roman Meury nicht mehr nach Oberwil gehen; und die Leute, die er von drüben kennt, wird er hierher ziehen, damit sie dann auch hier in Allschwil einkaufen. Soviel zu dem Punkt. Gesagt wurde, es stimme nicht ganz mit dem Einkaufen zu Fuss oder mit dem ÖV. Ihr habt Standaktionen, wir haben Standaktionen. Und wo machen wir das? Nicht auf dem Parkplatz und nicht in der Parkhalle. Wir machen das dort neben dem Landhaus oder so, wo die Leute durchgehen, zwischen Tram und Konsum. Ich denke, von dort her kann man sagen: Es gibt Leute, die zu Fuss und mit dem ÖV einkaufen gehen. Das Parkhaus ist sicher voll. Aber ich denke, dort sind auch alle Parkplätze für die Velos mehr als voll. Und die Bushaltestelle ist bestens besucht. Das kann jeder, der Bus fährt, dort bestätigen. – Ich finde es sehr gefährlich: Wir reden

heute Abend immer wieder von einem Namen, einem Namen als Investor. Wir hängen das Ganze an dem auf. Ich habe hier drinnen schon x Quartierpläne mit euch besprochen. Wir haben noch nie gesagt: In diesem Quartierplan wird dann die Familie Müller einziehen, das ist für uns ganz wichtig. Auch wenn sie zwei Parkplätze brauchen und dann dafür zahlen, und so weiter. Wir müssen das total trennen. Wir machen einen Riesen-faux pas, wenn wir sagen: Wir reden nicht vom Quartierplan, wir reden von einem Namen. Das kann nicht das Thema sein. Unsere Aufgabe ist es, dass wir versuchen, diesen Quartierplan möglichst optimal umzusetzen. Es geht darum, dass wir als Gemeinde, als Einwohnerinnen, als Einwohnerrat probieren, aus diesen Parzellen, die wir noch haben, doch auch probieren, mit diesen „Ressourcen“ – habe ich vorhin von Christoph gehört – die noch vorhanden sind, haushälterisch umzugehen. Wir müssen doch Platzgründe akzeptieren, die sind vorhanden. Ganz klar hat die Gemeinde Interesse an attraktiven Einkaufsmöglichkeiten. Ganz klar haben wir Interesse an Arbeitsplätzen. Ich habe ganz viel Interesse auch an Ausbildungsplätzen, und zwar in möglichst vielen verschiedenen Sparten. Es hat niemand gesagt: 20 Meter muss es sein. Wir sagen einfach. Mehr als 7 ist möglich. Der Rest – die Gedanken sind frei. Ich denke, man könnte doch oben- und nebendran auch Gewerbe hinbringen, das nicht unbedingt Verkehr anzieht, ohne grossen Publikumsdurchgang – aber zum Beispiel mit Arbeitsplätzen in Kleinbetrieben. Wir müssen schauen, dass wir einen Vorteil für uns haben. Und, bitte, das ist mir ein echtes Anliegen: Wir reden über einen Quartierplan, und nicht über einen Namen. Das macht die ganze Diskussion relativ schwierig für uns. – 40 Arbeitsplätze sind sicher viel. Aber ich denke, noch wichtiger wäre es, wenn wir vielleicht 40 Lehrlingsplätze gestalten könnten.

Samuel Champion, SD-Fraktion: Darf ich nochmals das Blatt der Siedlung haben, das vorhin aufgelegt wurde? Das Blatt Siedlung. Dort widerspricht sich der zweite Artikel, der auch mit „A“ bezeichnet wurde, am Quartierplan – jawohl, dort ist ein Fehler drin, unten bei „nicht zugelassen“, dort gehört eigentlich ein „B“ hin, nicht ein „A“. Ich muss da Herrn Morat natürlich Recht geben, das widerspricht sich natürlich mit dem Quartierplan Letten. Und ich würde da Antrag stellen, dass man zuerst diesen Artikel überhaupt aufhebt, bevor man hier weiterfährt.

Gemeinderat Roman Meury, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Nur schnell: Herr Champion, dem hat der Einwohnerrat vor noch nicht so langer Zeit zugestimmt. Damit ist die Meinung, man müsse das zuerst aufheben, ein wenig gesucht. Es geht da um Folgendes: Man möchte nicht x kleine Läden im Gewerbe drin. Das passt nämlich nicht zusammen. Das gibt gegenseitig Probleme. Etwas anderes ist ein grosser Betrieb, und der erfordert einen QP. Fertig. Das heisst aber nicht, dass unter „ferner liefern“ und unter ganz bestimmten Umständen – und im Prinzip ist es sowieso schlecht – dann auch noch ein Verkaufsladen möglich ist. Nein! Damit Gewerbe und Verkauf nebeneinander sein können, brauchen im Prinzip beide eine vernünftige Grösse, dann funktioniert es. Die Aufschlüsselung hier auf 100 Kleinbetriebe, die ist schlecht. Das hat man bis jetzt, klar, aber die Zeiten ändern sich. Das ist die Idee, die hier dahinter steckt.

Alice Märky, FDP-Fraktion: Es ist jetzt schon recht viel über das Pro und Contra gesprochen worden. Ich schliesse mich dem Votum von Guido Beretta an. Etwas noch: Ich meine, wenn so ein Laden dort ist, egal welcher, dann ist das vielleicht doch auch ein grosser Gewinn für die anderen Gewerbe, die dort rundum sind. Und ich glaube, es ist doch eine ganz grosse Siedlung entstanden oberhalb der Ziegelei. Die hätten es ja dann auch sehr nahe, um einkaufen zu gehen, und die müssten dann das Auto auch nicht benützen. Also ich glaube, das darf man auch nicht vergessen. Es ist dort eine Siedlung entstanden oberhalb.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Noch schnell etwas zur Wirtschaftsförderung. Für die, die sich noch erinnern: Hinten am Bachgraben haben wir vor ein paar Jahren das Technologie-Zentrum hingestellt. Das stand lang, lang leer – oder vielleicht auch nicht so lang. Aber jetzt ist es voll. Und wenn wir jetzt in diesem Quartierplan auch für die Zukunft arbeiten, dann bin ich überzeugt, dass der Gemeinderat, der ja so stolz ist auf die Wirtschaftsförderung, es fertig bringt, dort noch mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Und darum ist es angezeigt, dass man da jetzt den Riegel schiebt und sagt: Wenn wir es jetzt schon machen, dann machen wir es richtig, wie es hinten am Bachgraben auch war.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Ich möchte eigentlich nur den Antrag auf Beendigung der Diskussion stellen.

Susanne Studer, Präsidentin: Wir stimmen über den Ordnungsantrag ab. Wer für Beendigung der Diskussion ist, zeigt das bitte mit der Karte.

://:

Grossmehrheitlich ja

Susanne Studer, Präsidentin: Die Rednerliste wird noch beendet.

Dr. Guido Beretta, Präsident VPK: Ich hatte Glück, ich hatte mich gerade vor dem Antrag noch gemeldet. – Ich hätte jetzt schlicht und einfach die Bitte, euch zu überlegen, was passiert, wenn man den Antrag der SP-Fraktion annimmt. Was sind die Konsequenzen? Die Konsequenzen sind, dass man diesen Quartierplan wieder in die Schublade tun kann. Die Konsequenz ist überhaupt nicht, dass dort vierstöckig gebaut und der Boden so genutzt wird, wie die SP das gern hätte. Dann: Es fehlt etwas ganz Wesentliches. Es fehlt die Person, die dort bereit ist, den Bau zu finanzieren, den die SP gern hätte. So lange man uns das nicht sagen kann, und nicht jemanden nennen kann, der bereit ist, das zu finanzieren, finde ich, bewegen wir uns rein im Theoretischen. Und ich möchte noch einmal sagen: Dieser Quartierplan, den wir jetzt heute Abend – hoffentlich – beschliessen, der verhindert nicht auf ewige Zeiten, dass dort später einmal, wenn die Verhältnisse geändert haben, ein grösserer Bau hinkommt. Bedenken Sie das bitte, wenn Sie jetzt dann Ihre Meinung äussern.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Ich habe vergessen, etwas anzufügen zu dem, was Herr Guido Beretta sagte wegen der Industriefassade. Ich kenne die Ziegelei in- und auswendig. Ich habe dort früher als Junger noch Fließbandarbeit kennen gelernt. Wir haben in Allschwil einen Kulturgüterschutz. Die haben diverse Fassaden und Häuser in Allschwil angeschaut. Aber die Ziegelei ist nie als erhaltenswertes Gebäude genannt worden. Die Elco-Fassade an der Baslerstrasse, mit den Säulen, wo jetzt das grosse Plakat drüber hängt – die ist in den Kulturgüterschutz aufgenommen worden. Der Professor Dr. Simon von Schönenbuch hatte das organisiert. Und damals, bei jenem Quartierplan zum Beispiel, ist dieser Denkmal-erhaltenswerte Teil dieses Gebäudes diskussionslos – Max Ribi und ich haben damals darauf hingewiesen – einfach gar nicht erwähnt worden. Du hast Recht, Guido Beretta, das ist ein toller Bau, für Allschwil einmalig mit dieser Art von Dächern. Aber ich denke, wir haben andere schützenswerte Bauten diskussionslos nicht berücksichtigt.

Susanne Studer, Präsidentin: Wir stimmen jetzt über den Rückweisungsantrag ab. Er lautet:

Die Quartierplanung Gewerbezentrum Letten wird an den Gemeinderat zurückgewiesen.

://:

Der Antrag wird abgelehnt (12 Ja, 20 Nein, 1 Enthaltung).

Susanne Studer, Präsidentin: Gibt es sonst noch Diskussionen zu diesem Reglement?

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion: Das war natürlich klar, dass dieser Rückweisungsantrag, links gegen rechts, nicht durchgeht. Darum haben wir einen weiteren Antrag geschrieben, und zwar sind wir der Meinung, dass wir einen Wählerauftrag haben, wir alle hier drinnen, und zwar für das Wohl der Gemeinde – wir heissen ja auch Einwohnerrat – und darum stellen wir den Antrag:

Das Geschäft Nr. 3753 wird dem Behördenreferendum unterstellt.

Ich habe den Antrag schriftlich hier.

Susanne Studer, Präsidentin: Über den Antrag wird nach der 2. Lesung abgestimmt. Wir kommen zur 2. Lesung.

[**Stimmzähler Thomas Pfaff** ruft die Paragraphen einzeln auf, **Felix Keller**, 1. Vizepräsident, stellt die Wortmeldungen fest]

§ 1, Zweck der Planung, S. 1
keine Wortmeldung

§ 2, Geltungsbereich und Inhalt, S. 1 und 2
keine Wortmeldung

§ 3, Art der baulichen Nutzung
keine Wortmeldung

§ 4, Mass der baulichen Nutzung, S. 3
keine Wortmeldung

§ 5, Lage, Grösse und Gestaltung der Bauten, S. 4 und 5
keine Wortmeldung

§ 6, Nutzung und Gestaltung des Aussenraumes, S. 5
keine Wortmeldung

§ 7, Unterhalt und Pflege des Aussenraumes, S. 6
keine Wortmeldung

§ 8, Erschliessung
keine Wortmeldung

§ 9, Parkierung, S. 7
keine Wortmeldung

§ 10, Ver- und Entsorgung, S. 7 und 8
keine Wortmeldung

§ 11, Lärmschutz
keine Wortmeldung

§ 12, Realisierung, S. 8 und 9
keine Wortmeldung

§ 13, Schlussbestimmungen, S. 9 und 10
keine Wortmeldung

Susanne Studer, Präsidentin: Somit ist die 2. Lesung abgeschlossen. Wir stimmen über die Anträge des Gemeinderates auf S. 6 ab:

5.1: Der Quartierplanung „Gewerbezentrum Letten“, bestehend aus dem Quartierteilplan Nr. 1 und dem Quartierplanreglement, wird zugestimmt, und dem Regierungsrat Baselland zur Genehmigung vorgelegt.

://:

Der Antrag wird mit 19 Ja bei 13 Nein angenommen.

5.2: Die Öffentliche Urkunde betreffend Quartierplanvertrag wird zur Kenntnis genommen.

://:

Mit 32 Ja bei 0 Nein und 1 Enthaltung wird dem Antrag zugestimmt.

Susanne Studer, Präsidentin: Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Geschäft 3753 zustimmen kann, zeigt das mit der Karte

://:

Dem Geschäft wird mit 21 Ja bei 13 Nein und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Ich möchte etwas zu diesem Wunsch nach einem Behördenreferendum sagen. Jetzt haben wir eine Bautätigkeit, aus der man etwas machen könnte für Allschwil. Es sind Leute interessiert, jetzt etwas zu machen, was sie jahrelang nicht machen konnten. Und jetzt möchte man sie einfach verhindern. Und jetzt noch eine Abstimmung erzwingen, nachdem ihr genau gesehen habt, wie die Meinung hier drinnen ist – das verstehe ich absolut nicht. Es gibt wichtigere Sachen dem Volk vorzulegen als so etwas. Das haben wir erst letztthin aus dem Mund von Herrn Morat gehört. Ich habe einfach Mühe mit dieser Politik. Und im Namen der SVP bitte ich euch ganz eingehend: Stimmt diesem Antrag nicht zu! Ich bin massiv enttäuscht über dieses politische Verhalten, das ihr dort drüben zeigt.

Siro Imber, FDP-Fraktion: Wir müssen bedenken, dass das Behördenreferendum legitim ist. Das Volk darf darüber entscheiden und kann es auch, mit dem Ergreifen des Referendums. Die politische Motivation, denke ich eher, liegt in einer Verzögerungstaktik, die einfach den Investor wieder sehr viel Geld kostet. Und das können wir sicher nicht unterstützen.

Bruno Steiger, SD-Fraktion: Ich meine jetzt, das ist ein Geschäft, das nicht mit Kosten für die öffentliche Hand verbunden ist unter dem Strich. Und von dem her denke ich, ist das auch nicht so umstritten bei den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern. Von dem her – ich bin auch demokratisch eingestellt, weisst du, Christoph Morat, ich denke mir, als es um Islam-Grabfelder ging und wir hätten das gerne vor dem Volk gehabt, wobei wir noch eher Chancen gehabt hätten, dass es bachab geht, als ihr jetzt da mit diesem Antrag. Da wollen wir einmal gerecht sein. Und von dem her, vielleicht sagt ihr jetzt selber, was bringt denn das, ein Behördenreferendum – es bringt nichts. Das kommt sicher durch, das wisst ihr alle auch. Und die Wahlkämpfe sind vorbei, jetzt könnt ihr euch ein wenig beruhigen, oder, ihr könnt nichts mehr gewinnen.

Susanne Studer, Präsidentin: Das Büro bittet um eine Minute Time-out für eine Besprechung.

Susanne Studer, Präsidentin: Wir fahren weiter. Es hat keine Wortmeldungen mehr. Wir kommen jetzt zum Antrag der SP:

Das Geschäft Nr. 3753 wird dem Behördenreferendum unterstellt.
--

Es braucht 1/3 der Stimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, zeigt dies mit der Karte.

://:

Mit 13 Ja bei 19 Nein und einer Enthaltung wird das Geschäft dem Behördenreferendum unterstellt.

338 11.100 Raumplanung/Zonenplanung

Traktandum 2
Bericht des Gemeinderates vom 28.11.2007 betreffend
Anpassung Lärm-Empfindlichkeitsstufen-Plan (LESP)
Geschäft 3760/A; 1. Lesung

Dr. Guido Beretta, Präsident der VPK: Ihr habt in der gemeinderätlichen Vorlage unter „3.“ lesen können, warum überhaupt eine Änderung dieses Lärm-Empfindlichkeitsstufen-Plans nötig geworden ist. Es sind eigentlich drei Hauptgründe. Der erste Grund ist: Es gibt keine Industriezonen mehr in Allschwil an der Binningerstrasse, sondern die ist in eine Gewerbezone umgewandelt worden. Das haben wir heute Abend, glaube ich, zur Genüge erfahren können. Das Zweite ist, dass man den Allschwiler Weiher und das Kleinfeld einer Nutzungszone zugewiesen hat und es folglich dort gar keinen Lärm-Empfindlichkeitsstufen-Plan mehr braucht. Und das Dritte ist, dass man entlang der Hauptverkehrsachsen Baslerstrasse und Binningerstrasse eigentlich den gleichen Zustand herstellen möchte wie am Grabenring. Am Grabenring war bisher die Empfindlichkeitsstufe „III“ Streifen 30 Meter, und man möchte an der Basler- und der Binningerstrasse genau die gleiche Regelung schaffen, also erweitern auf 30. Zudem haben wir ja mit unserer Zonenplanung eine Zone „Lindenplatz“ geschaffen und eine Zone „Ziegelei“, und dort muss man das jetzt konsequenterweise ebenfalls ausdehnen. Das sind die Hauptgründe. Wir haben das in der VPK eingehend diskutiert und einstimmig mit 6 : 0 Stimmen, es waren nur 6 Personen anwesend, den Anträgen des Gemeinderates zugestimmt. Wir bitten Sie also, diesen Änderungen auch zuzustimmen.

Susanne Studer, Präsidentin: Wir kommen zur Eintretensdebatte.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich kann mich relativ kurz fassen. Die CVP-Fraktion ist für Eintreten und Befürwortung dieses Geschäfts. Denn mit dieser Änderung des Lärm-Empfindlichkeitsstufen-Plans wird im Grunde genommen nur das geschaffen, was ohnehin schon gilt. Das heisst, der Lärm-Empfindlichkeitsstufen-Plan soll ja den Gegebenheiten angepasst werden. Dagegen spricht sicher nichts.

Susanne Studer, Präsidentin: Ich frage an: Ist das Eintreten bestritten? – Dann kommen wir zur Beratung. Sie können sich jetzt in die Rednerliste eintragen lassen.

Juliana Weber, SP/EVP-Fraktion: Die SP/EVP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates zustimmen. Der neue Lärm-Empfindlichkeitsstufen-Plan ist eigentlich lediglich eine redaktionelle Anpassung an die neue Zonenplanung „Siedlung“, und er war, wie schon Dr. Beretta sagte, auch in der VPK völlig unbestritten. Also ich denke, es war die kürzeste Beratung in der VPK, die ich in diesen vier Jahren erlebt habe.

Susanne Studer, Präsidentin: Es hat keine Wortmeldungen mehr. Wir kommen zur ersten Lesung.

[**Stimmzähler Thomas Pfaff** ruft die Ziffern einzeln auf, **Felix Keller**, 1. Vizepräsident, stellt die Wortmeldungen fest]

1. Erlass

kein Wortbegehren

2. Geltungsbereich

kein Wortbegehren

3. Rechtliche Wirkung

kein Wortbegehren

4. Planlegende
kein Wortbegehren

Susanne Studer, Präsidentin: Somit ist die erste Lesung abgeschlossen

PAUSE

Susanne Studer, Präsidentin: Der Gemeinderat hat nichts im INFO-FENSTER. Wir kommen zu:

339 11.100 Raumplanung/Zonenplanung

Traktandum 3
Bericht des Gemeinderates vom 09.01.2008 betreffend
Genehmigung der Quartierplanung Spitzwald bestehend
aus Quartierplan und Quartierplanreglement; 1. Lesung
Geschäft 3726/A

Dr. Guido Beretta, Präsident der VPK: Es gibt in Allschwil – und hat auch immer gegeben – mehrere Gewerbegebiete, die eigentlich heutzutage mitten in Wohnzonen liegen. Der Gemeinderat hat wiederholt zu Recht erklärt, dass er diesen Zustand zugunsten reiner Wohnzonen ändern möchte, also die Gewerbegebiete aus den Wohnzonen herausnehmen. Das ist jetzt auch auf den Parzellen der Fall, die heute Abend zur Diskussion stehen. Allerdings ist die Lage ein wenig kompliziert, und ich bitte Sie, mir zu folgen. Auf einem Teil dieses neuen Quartierplan-Perimeters steht entlang des Sandweges heutzutage immer noch eine Reihe von Einfamilienhäusern. Auf der anderen Seite, am anderen Ende dieses Perimeters, liegt die Bettenstrasse. An der Bettenstrasse / Ecke Spitzwaldstrasse hat es einen grösseren Gewerbebau, der durch seine Farbe – ocker, oder gelb, je nachdem, wie man das bezeichnen möchte – auffällt. Und hinter diesem Gewerbebau ist ein Wohnhaus. Man hat mir gesagt, dort wohne der Besitzer dieses Gewerbebaus. Dazwischen – zwischen dem Sandweg und der Bettenstrasse, das ist Ihnen sicher aufgefallen, weil Sie sich auch mehrmals die gleiche Frage gestellt haben werden wie ich – liegt ein Areal, das Areal der ehemaligen Schraubenfabrik Decomer. Das Areal liegt brach. Es ist ausgehoben, und seit mindestens zwei Jahren fragt man sich, was dort entstehen soll. Wenn man sich das jetzt vor Augen hält: auf der einen Seite noch Einfamilienhäuser, am anderen Ende dieser Gewerbebau, und dazwischen diese Brache, dann sehen Sie, weshalb man eine Etappierung vorsieht bei der Überbauung dieses ganzen Areals. Was soll am Schluss da entstehen? Es sollen drei Wohnbauten à drei Geschossen entstehen. Und, zurückversetzt zwischen Spitzwaldstrasse und Bettenstrasse und Sandweg, mittendrin, ein viergeschossiger Wohnbau. Wichtig ist, dass man sieht, dass alle diese Wohnbauten im Minergie-Standard ausgeführt werden sollen – oder ausgeführt werden müssen. Die vorgesehene Überbauung, wie ich sie jetzt geschildert habe, diese Überbauungsweise, schafft beste Voraussetzungen für eine mögliche vernünftige Ergänzung, wenn dann einmal – aber man weiss im Moment nicht, wann – das Gewerbegebäude an der Spitzwaldstrasse, das ich erwähnte, und eventuell die beiden Häuser dahinter, auf jener Parzelle an der Bettenstrasse, einmal frei werden. Man könnte dann das Ganze symmetrisch ergänzen, wenn man wollte. Dass die neuen Erkenntnisse bezüglich Siedlungsverdichtung – und dieses Wort haben wir ja heute Abend auch schon einmal gehört – bezüglich hoher Wohnqualität, bezüglich differenzierter Wohnformen, bezüglich Vernetzung von Lebensräumen, bezüglich naturnaher Umgebungsgestaltung berücksichtigt werden, das ist heutzutage zumindest in einem Quartierplan in Allschwil, selbstverständlich. Darum empfiehlt Ihnen die Verkehrs- und Planungskommission einstimmig – einstimmig – den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Gemeinderat Roman Meury, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Also was soll ich schon ergänzen, wenn Herr Beretta Ihnen das Projekt so didaktisch hervorragend vorstellt. Vielleicht möchte ich einfach auf einen Punkt ganz schnell hinweisen: Wir haben ja in letzter Zeit sehr viele Quartierpläne bearbeitet, und mit der Zeit gibt es so ein wenig Routine in der Bearbeitung und Behandlung solcher Quartierpläne. Trotzdem zeigt sich immer wieder, dass eigentlich jeder anders ist. Und dieser jetzt im Speziellen. Bei allen anderen Quartierplänen legen wir Wert darauf, dass es ja nicht etappiert werden kann. Also man möchte ja eigentlich, dass, wenn dann einmal etwas bereit ist, es zügig überbaut wird. Und hier ist es jetzt gerade das Kennzeichen dieses Quartierplanes, dass es etappiert werden muss, und dass es wahrscheinlich relativ lang gehen wird, bis er effektiv realisiert wird. Aber sonst habe ich echt nichts mehr zu ergänzen im Moment.

Susanne Studer, Präsidentin: Wir kommen zur Eintretensdebatte.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Wir von der FDP denken, das ist ein Quartierplan, der zukunftsweisend sein kann, und wir würden gerne eintreten.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion ist auch für Eintreten.

Armin Bieri, SP/EVP-Fraktion: Ebenso die SP/EVP-Fraktion ist für Eintreten.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Die SVP ist auch für Eintreten und hofft, dass es kein Behördenreferendum gibt.

Susanne Studer, Präsidentin: Ich frage an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Beratung. Sie können sich jetzt in die Rednerliste eintragen lassen.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion findet, es gebe dort schöne Wohnungen in einem Quartier, das bis jetzt eigentlich nur mässig genutzt wurde. Ein Teil ist jetzt schon ein paar Jahre brachgelegen. Und wenn man mit den Eigentümern dieser kleinen Häuschen ein Abkommen treffen und dann dort auch schönen Wohnraum schaffen kann, dann wertet dies das Quartier Spitzwald auf, und es werden weitere familienfreundliche Wohnungen gebaut. Die Realisierung allerdings dieses ganzen Areals wird längere Zeit in Anspruch nehmen, wie wir das gehört haben. Aber einen Quartierplan macht man ja nicht gerade nur für eine kurze Zeit, so dass man mit dem dann auch irgendwann einmal fertig werden wird. Die CVP-Fraktion stimmt dem Quartierplan zu.

Armin Bieri, SP/EVP-Fraktion: Ich kann mich da anschliessen. Wie ihr von Guido Beretta gehört habt, haben wir diesen Bericht mit 6 : 0 angenommen und auch den Quartierplan. Es ist durchaus sinnvoll, in Form einer Verdichtung gegen innen, weil die kleine Kiesgrube, die seit ein paar Jahren besteht, dank der Etappierung jetzt wahrscheinlich als erstes bebaut würde, was sicher sinnvoll ist. Und die Einfamilienhäuschen auf der Seite, die man dort sieht, können ja in Zukunft auch realisiert werden, dank dem Quartierplan in einer einheitlichen Bauweise, die wir jetzt da festgelegt haben. Was uns noch wichtig ist, und worauf ich hinweisen möchte, was in unserem VPK-Bericht steht, ist, dass eben im Minergie-Standard gebaut wird. Ich habe das erst vor 14 Tagen realisiert: Minergie-Standard war ein bisschen eine Mogelpackung bis Ende Jahr, indem zum Beispiel die Bauvorschriften Baselland in einigen Bereichen mehr gefordert haben als der Minergie-Standard. Aber das hat sich jetzt geändert auf den 1.1.08. Die neuen Bestimmungen des Minergie-Standards sind jetzt um einiges höher. Das ist sehr positiv zu bewerten. Wir können von unserer Fraktion her dem ebenfalls zustimmen. Es gibt also kein Behördenreferendum, ich kann Josua Studer beruhigen.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Dieser Quartierplan zeigt doch einfach, dass man etwas machen kann aus einem Quartier. Und es soll ja auch eine Vision in die Zukunft hinein sein. Das finden wir so toll. Wobei wir unbedingt betonen möchten, dass die jetzigen Besitzstandsverhältnisse gewahrt bleiben, dass man

damit also den Gewerbebetrieb nicht irgendwie bedrängt. Es kann auch ein Bauen fürs Alter sein; es werden da Möglichkeiten probiert, die wir sehr begrüßen. Wir werden dem zustimmen.

Susanne Studer, Präsidentin: Es hat keine Wortmeldungen mehr. Wir kommen zur 1. Lesung.

[**Stimmzähler Thomas Pfaff** ruft die Ziffern einzeln auf, **Felix Keller**, 1. Vizepräsident, stellt die Wortmeldungen fest]

Quartierplanregelement, § 1, Zweck und Ziele der Planung

keine Wortmeldung

§ 2, Geltungsbereich und Inhalt

keine Wortmeldung

§ 3, Art der baulichen Nutzung

keine Wortmeldung

§ 4, Mass der baulichen Nutzung

keine Wortmeldung

§ 5, Lage, Grösse und Gestaltung der Bauten

keine Wortmeldung

§ 6, Nutzung und Gestaltung des Aussenraumes

keine Wortmeldung

§ 7, Unterhalt und Pflege des Aussenraumes

keine Wortmeldung

§ 8, Erschliessung

keine Wortmeldung

§ 9, Parkierung

keine Wortmeldung

§ 10, Ver- und Entsorgung

keine Wortmeldung

§ 11, Lärmschutz

keine Wortmeldung

§ 12 Realisierung QP-Vertrag

keine Wortmeldung

§ 13, Abweichung, Ausnahmen

keine Wortmeldung

§ 14, Schlussbestimmungen

keine Wortmeldung

Susanne Studer, Präsidentin: Somit ist die erste Lesung abgeschlossen. Wir kommen zu:

Traktandum 4

**Interpellation Sam Champion, SD, vom 28.09.2007 (Eingang 02.10.07)
betreffend Kosten des ehemaligen Ortspolizisten A. K.
Geschäftsvertretung GP Dr. Anton Lauber
Geschäft 3752**

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident: Das ist eine sehr ungewöhnliche Interpellation, Samuel Champion, die wir da auf dem Tisch haben. Das hast du ja selber gewusst, als du sie eingereicht hast. Es geht um ein Arbeitsverhältnis, das schon einige Jahre zurückliegt, als du, glaube ich, selber auch schon im Einwohnerrat warst – du hattest ja einmal eine Pause. Bei diesem Arbeitsverhältnis, das darf ich sagen, gab es etwelche Probleme. Das ist landläufig bekannt. Es ist insgesamt eine ausserordentlich komplexe Situation als Ganzes. Ich liess mir die Akten kommen, habe alle angeschaut. Und hatte dann aber gleichzeitig einen Verdacht, dass wir es vielleicht nicht so einfach haben könnten mit dieser Interpellation, und erkundigte mich dann beim Datenschutzbeauftragten – es ist eine Dame, also bei der Datenschutzbeauftragten – des Kantons. Und sie sagte mir klar, dass grundsätzlich solche Personalverhältnisse nicht an die Öffentlichkeit gehören. Dass der Einwohnerrat über alles und jedes Auskunft verlangen kann, dass aber puncto Personal grundsätzlich Datenschutz besteht – Amtsgeheimnis – und dass ich also nicht berechtigt sei, in der Öffentlichkeit über so eine Person und das Arbeitsverhältnis im Detail Auskunft zu geben, und darüber, wie es abgeschlossen wurde. Ich kann nur folgendes sagen, ich hoffe du kannst das akzeptieren: Falls irgendwelche namhaften Gründe sind, dass es im Jahr 1999 sonstige Probleme gab, dann wäre das eigentlich eine Sache der Geschäftsprüfungskommission, die sich des Themas annehmen und allenfalls versuchen könnte, deine Fragen zu beantworten. Aber selbst dann dürfte es sehr schwierig sein, diese Resultate nachher in der Öffentlichkeit zu diskutieren, weil das ganze Dossier, das weisst du selber bestens, enorm in die Persönlichkeitssphäre geht, die sicher nicht medientauglich ist in unserem Sinne. Somit, Samuel Champion, kann ich dir leider keine weiteren Auskünfte zu dieser Interpellation geben.

Susanne Studer, Präsidentin: Herr Champion, sind Sie mit der Antwort zufrieden?

Samuel Champion, SD-Fraktion: Natürlich kann ich nicht zufrieden sein mit dieser Antwort, das ist doch ganz klar. Diese Geheimnistuerei, die da getrieben wird. Schliesslich sind es öffentliche Gelder, die da versaut wurden... [Zuruf aus dem Plenum] Ja, ja, das ist Tatsache. Und dann hätte ich gerne einmal einen Verantwortlichen kennen gelernt, der für das Desaster verantwortlich ist. Und ob er jetzt in Pension ist oder nicht, das ist ja gleich. Aber diese Leute gehören zur Verantwortung gezogen, die solche Leute einstellen.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident: Also einfach solche Pauschalurteile, „Desaster“ – ich weiss nicht, was du meinst. Und – pass einfach auf, was du da in der Öffentlichkeit erzählst, ohne die Akte zu kennen, nur aufgrund von irgendwelchen Gerüchtlein. Ein Desaster ist es also sicher nicht – höchstens für diese Person.

Susanne Studer, Präsidentin: Somit ist diese Interpellation abgeschlossen und erledigt.

Wir kommen zu:

Traktandum 5

**Postulat Siro Imber, FDP, vom 14.11.2007, betreffend
Konsequenzen der Unterschutzstellung der Schulhäuser Breite
und Schönenbuchstrasse (neu)
Antrag Gemeinderat: Entgegennahme / Geschäftsvertretung GR Roman Meury
Geschäft 3757**

Siro Imber, FDP-Fraktion: Wir haben, als wir diesen Plan berieten, diese beiden Schulhäuser herausgestrichen. Dann sagte ich, und habe es schon während der 2. Lesung eingegeben, dass wir saubere Grundlagen haben, damit wir es dann hineintun oder herausstreichen können. Und so, wie ich gehört habe, waren die meisten auch dieser Meinung, und es würde mich freuen, wenn wir dieses Postulat überweisen könnten.

Susanne Studer, Präsidentin: [nach Rückfrage bei Gemeinderat Roman Meury] Der Gemeinderat nimmt das Postulat entgegen. Möchte jemand einen Gegenantrag stellen? Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ab...

[Diskussion im Hintergrund]

://:

Das Postulat wird überwiesen.

Susanne Studer, Präsidentin: Dann kommen wir zum:

342 3.230 Ökologie

Traktandum 6

**Postulat Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, vom 07.11.07 (Eingang: 14.11.2007)
betreffend 100 Solardächer für Allschwil**

**Antrag Gemeinderat: Nichtentgegennahme / Geschäftsvertretung GR Robert Vogt
Geschäft 3758**

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion: Es ist vielleicht bezeichnend: Heute Morgen um halb acht hat der Nachrichtensprecher von Radio DRS verlauten lassen, dass der Ölpreis wieder einmal auf ein historisches Hoch von 130 Dollar pro Barrel gestiegen ist. Der war noch nie so hoch. Und da kommt ja vielleicht mein Postulat gerade richtig, damit man den Leuten Wege aufzeigen kann, wie man so viel Geld, so viel Öl, so viel Energieverschwendung sparen kann. Mein Postulat hat zum Ziel, dass die Gemeinde überprüft, was für Massnahmen – respektive ob man den Verein „100 Solardächer jetzt“ auch hier in Allschwil wirken lassen will. Die Informationsveranstaltungen im ganzen Baselbiet sind eine einzige Erfolgsstory, ich habe das schon in der Begründung geschrieben. Die nächsten Informationsveranstaltungen sind in Therwil am 8. Mai, in Pratteln am 27. Mai. Jenseits des Jura gibt es mittlerweile auch schon die erste Gemeinde, die sich dafür interessiert, nämlich Lommiswil in Solothurn. Wahlen und Brislach am 15. Mai. Duggingen, Blauen, Grellingen, Nenzlingen am 29. Mai. Zwingen, Dittingen am 4. Juni, und Seltisberg am 23. Oktober. Gemeinden, die es schon in Planung haben, aber noch kein Datum feststeht für diese Beratungen, sind Gelterkinden, Etingen, Reinach, Itingen und Lausen. Wassererwärmung ist der zweitgrösste Energieverbraucher im Haushalt. Mit einer Solaranlage kann man ungefähr 2'300 kW Energie pro Jahr einsparen. Das entspricht ungefähr der Menge, die ein Vierpersonenhaushalt jährlich für waschen, kochen, backen spülen, Fernsehen schauen und Beleuchtung braucht. 100 solche Gratis-Energieanlagen sparen pro Jahr 40'000 Liter Öl. Das ist sicher ein sinnvoller Beitrag zum Klimaschutz.

Wie soll das vonstatten gehen, und was für Kosten kommen auf die Gemeinde zu? Es ist so, dass der Verein, der unter anderen gesponsert wird von IWB, EBL, Gasverband Mittelland etc., das Projekt vorstellen will. Er will die Hausbesitzer der betreffenden Gemeinden, die interessiert sind, informieren, wie so eine Anlage funktioniert, mit was für Zahlen man rechnen muss, mit was für Kosten man rechnen muss. Man hat schon eine Reihe von Installateuren an der Hand. Und für diese Hausbesitzer, und nicht zuletzt dann auch für die Mieter, können so einige Ersparnisse beigetragen werden. Die Aufgaben der Gemeinde in dem ganzen Projekt könnten sein, dass man die Leute einlädt, zum Beispiel per Homepage, per AWB oder sie auch anschreibt. Das muss aber nicht sein. Ich denke mir, die allgemein üblichen Informationswege sollten genügen, um eine ausreichend grosse Anzahl von Miteinwohnerinnen und Miteinwohnern zum Beispiel in einen Saal wie diesen hier zu locken, damit die Herren da ihren Vortrag lancieren könnten. Das Ganze wäre noch verbunden mit einem Apéro. Auch dort ist man ein wenig frei in den Kosten. Ich habe einmal in der Budgetdiskussion, ihr mögt euch vielleicht erinnern, etwa von 10'000 Franken geredet. Das ist eine absolute Obergrenze, und ich denke mir, da sind auch sehr viele Kosten

dabei, die man mit Mitarbeitern auf der Gemeinde einsparen könnte, wenn man solche Sachen ins Internet stellen und so veröffentlichen würde. Der Nutzen für die Gemeinde ist ganz klar: Attraktivität – wir bieten den Leuten etwas, wir bieten den Leuten eine Beratung, sie können sich das hier anhören. Der Nutzen für die Hausbesitzer und für die Mieter ist eine Kostenersparnis. Man kann nämlich sage und schreibe bis zu einem Drittel der Gestehungskosten einer solchen Solaranlage – nur für das Brauchwasser, wohlverstanden – einsparen, indem sich mehrere Hausbesitzer zusammenschließen. Das gibt dann so etwas wie einen Mengenrabatt. Und nicht zuletzt: Wir alle werden profitieren, indem, dass wir, wie es Bruno Steiger auch schon einmal erwähnte heute Abend, irgendwann einmal nicht ersticken werden, sondern dass wir die bestehenden Gratis-Energien nützen und so einen Schritt weiter kommen. Und ich bitte euch, das Postulat zu überweisen. Der Gemeinderat kann sich ja dann Gedanken machen, wie eine solche Veranstaltung aussehen könnte, und er wird dann hier drinnen auch wieder Bericht erstatten können. Ich bitte euch, dem Postulat zuzustimmen und es zu überweisen.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Ich darf Ihnen zwei Botschaften überbringen. Die erste lautet: Sonnenenergie für das Warmwasser, das ist sehr sinnvoll. Wie Herr Morat schon sagte, das bringt sehr viel für die Energieersparnis. Es ist einfach, unkompliziert, und Standard. Sie können das also heute beim Heizungs- oder Sanitärinstallateur bestellen, eigentlich ohne grosse weitere Abklärungen. Es ist im Übrigen auch, wenn Sie sich ausserhalb des Dorfkerns befinden, bewilligungsfrei. Das heisst, Sie können so einen Auftrag direkt erteilen, ohne eine Baubewilligung einzuholen.

Die zweite Botschaft hingegen, die lautet auf Ablehnung dieses Postulats, und zwar aus folgendem Grund: Die Aktion, die da lanciert werden soll, verursacht Kosten. Und diese Kosten von ungefähr 1'000 Franken pro Anlage, gehen natürlich drauf, wenn Sie eine Anlage kaufen. Der Mengenrabatt, den Herr Morat erwähnte, würde darum dazu führen, dass diese 1'000 Franken wieder in Abzug kämen. Also kämen Sie als Hausbesitzer, als Investor, netto netto auf die gleichen Kosten, aber dem Gewerbe bleiben letztlich 1'000 Franken weniger in der Kasse. Deshalb hält der Gemeinderat diese Aktion für völlig unnötig. Und Sie wissen, wir haben eine öffentliche Energieberatung, die Sie direkt ansprechen können. Die EBM in Münchenstein bietet diesen Service an. Dort können Sie die entsprechenden Offert-Überprüfungen, Qualitätskontrollen, persönliche Beratung in Anspruch nehmen. Deshalb ist also so eine Aktion, wie sie hier gefordert wird im Postulat, völlig unnötig. Ich bitte Sie daher, das Postulat nicht entgegenzunehmen.

Susanne Studer, Präsidentin: Wir kommen zur Diskussion.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Ich habe mich halt rechtzeitig gemeldet, damit ich gleich drankomme. Aber ich kann mein Votum bereits zurückziehen, weil Gemeinderat Vogt sehr gut argumentiert hat und das Worte waren, die ich ähnlich verwenden wollte.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Ich blase leider auch ins gleiche Horn wie Herr Vogt und Herr Studer. Mein Votum wäre genau gleich ausgefallen. Erlauben Sie mir aber noch zwei weitere Gedanken. Wir sind also auch absolut der Meinung, das muss auf privater Basis passieren. Wir sind auch überzeugt, bei Solardächern oder Alternativ-Energie – danach muss man sich umschauen. Jetzt, wie ich eingangs sagte, es gäbe ja noch weitere Möglichkeiten. Ich hätte jetzt zum Beispiel noch die Idee, ein Postulat zu machen „99 Heizungen mit Erdwärme in Allschwil“. Oder „101 Hybrid-Autos“. Also man könnte, wenn man jetzt diesem Postulat zustimmen wollte, gäbe es noch mehrer Varianten und Möglichkeiten, Energie zu sparen, um die öffentliche Hand einzubinden. Damit wollte ich unsere Ablehnung dieses Postulats noch ein wenig unterstreichen. Wir stimmen diesem Postulat nicht zu.

Bruno Steiger, SD-Fraktion: Hör zu, Christoph: sehr sympathisch, die Idee. Aber das Negative an dieser Idee ist eben, immer den Staat beiziehen zu wollen, wenn es nicht nötig ist. Und in Sachen Beratung – Robert Vogt hat es gesagt – ich glaube, er arbeitet sogar bei so einem... oder nicht mehr? Oder ich weiss nicht, IWB, EBM oder so weiter – die beraten ja die Leute, die Interesse haben, noch so gerne, ich würde sagen zum Nulltarif. Und eben, von dem her ist nicht einzusehen, dass wir da so ein Einwohnerratssitzung bereit stellen und die Leute hierher kommen lassen, damit dann die Gemeinde nochmals das Gleiche erzählt. Und wie gesagt, von dem her, wie es Robert Vogt auch sagte, was die Anschaffung von solchen Solardächern angeht, das kann man ohne Problem machen, man braucht keine Bewilligung und nichts. Eben, es ist lieb gemeint. Aber ich denke, an deiner Stelle würde ich sagen, ja die

Idee war gut von dir – von mir selber. Aber im Prinzip müssen wir den Staat doch nicht haben dazu. Oder, vielleicht siehst du das auch. Aber – danke für die Idee, sie war gut.

Siro Imber, FDP-Fraktion: Die Nutzung von Sonnenenergie ist sehr sinnvoll. Und zwar nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch. Es ist natürlich besser, das Geld, statt es mittels Öl nach Saudi-Arabien oder nach Iran zu zahlen, dem lokalen Handwerker zu geben, der hier Wertschöpfung generiert. Jetzt ist aber das Problem, dass das Postulat etwas prüfen und berichten will, das der Gemeinderat eigentlich sowieso machen kann. Das ist ein privater Verein. Der kann ja zum Gemeinderat kommen und fragen: Dürfen wir diese Halle haben, könnt ihr das im AWB ankündigen? Und ich denke, der Gemeinderat wäre sicher bereit, diesen Saal zur Verfügung zu stellen, vielleicht sogar gratis, und er wäre sicher bereit, das im AWB zu publizieren. Und ich möchte drum den Gemeinderat fragen, ob das möglich wäre, dass man dem Verein entgegenkommen könnte, sollte er Interesse haben, nach Allschwil zu kommen. Und wenn ja, dann, denke ich, erübrigt sich das Postulat sowieso. Denn die Förderungsmassnahmen der Gemeinde für diesen privaten Verein können gar nicht gross sein. Ich habe mich informiert bei anderen Gemeinden, die da mitmachen. Die sagten mir, was sie gemacht haben, das war, dass sie Druckmaterialien gezahlt oder zur Verfügung gestellt haben. Ich denke, das ist heute nicht nötig. Und was sie sonst noch machten, das war eben die Informationstätigkeit. Und dafür braucht es dieses Postulat nun wirklich nicht. Das kann der Gemeinderat in eigener Regie machen. Und ich denke, dazu ist er sicher bereit, so wie ich ihn kenne.

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion: Siro Imber, danke vielmals! Ich möchte gar nichts anderes. Die Gemeinde muss sich nicht für ein einziges Sonnendach persönlich, respektive finanziell oder sonst irgendwie engagieren. Ich will wirklich, dass dieser Anlass stattfinden kann, und dass die Gemeinde genau das macht. Erich Kästner: „Es gibt nichts Gutes, ausser man tut es.“ Al Gore: „Think global, act local.“ Es ist so. Man muss wirklich global denken, aber lokal handeln. Und natürlich ist es jedem einzelnen Hausbesitzer überlassen, ob er eine Warmwasseranlage auf sein Dach macht oder nicht. Aber, wir haben es schon gehört: EBM bietet das an, das sagte Robert Vogt auch schon im Winter. Aber es geht einfach niemand dort hin, denn man weiss es nicht. Es kommt darauf an, dass man die Hemmschwelle, die Informationsschwelle, herunterholt, dass man möglichst vielen Leuten erklären kann, und dass man möglichst vielen Leuten den Zugang ermöglichen kann, und zwar den einfachen Zugang, dass man mit dem Velo irgendwo hier in Allschwil, sei das auf der Gemeindeverwaltung, sei es hier drinnen – wir haben vielleicht noch den einen oder anderen Raum – es geht um nichts anderes in diesem Postulat. Sondern es geht einfach darum, dass man den Leuten mit relativ einfachen Mitteln etwas zur Verfügung stellen kann, damit sie nicht nach Münchenstein gehen müssen, damit sie nicht irgendwo einen Termin abmachen müssen. Sondern dass sie einfach hier an eine Veranstaltung gehen können, und hier mit diesen Leuten Kontakt aufnehmen. Etwa anderes fordert das Postulat gar nicht. Es ist natürlich richtig, dass der Gemeinderat das in Eigenregie machen kann, denn ich vermute, es wird die Gemeinde weniger als 10'000 Franken kosten. Aber wichtig ist, dass man einen politischen Willen demonstriert, und dass man einen politischen Willen auch dem Gemeinderat überbringt und sagt: Macht doch bitte etwas für die Einwohnerschaft, informiert die Leute: Es ist viel einfacher, als man eigentlich denkt. Die Worte, die Robert Vogt vorhin brauchte, dass das alles bewilligungsfrei ist, und dass man diese Beratungen auch irgendwo haben kann, diese Worte müssen die Leute draussen hören. Die hören sie leider nicht, ausser den paar Zuschauern, die jetzt dort hinten sind. Und darum halte ich wirklich daran fest, dass man das Postulat überweisen sollte, damit der Gemeinderat die Möglichkeit hat, da aktiv zu werden. Es geht mir nicht darum, dass wir ein einziges Solardach – ausser vielleicht auf den Gemeindedächern – finanzieren.

Susanne Studer, Präsidentin: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir stimmen jetzt ab. Wer das Postulat 3758 überweisen möchte, zeigt das mit der Karte.

://:

Mit 22 Nein bei 13 Ja und 0 Enthaltungen wird das Postulat abgelehnt.

Susanne Studer, Präsidentin: Wir kommen zu:

Traktandum 7

Postulat Ursula Pozivil-Pfister, FDP, vom 16.01.2008

betreffend Verwertung von Grüngut- und Küchenabfällen

Antrag Gemeinderat: Entgegennahme / Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt

Geschäft 3764

Alice Märky, FDP-Fraktion: Da Ursula Pozivil nicht anwesend ist und das Postulat eh vom Gemeinderat entgegengenommen wird, erübrigt sich eigentlich eine Diskussion.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Ich stelle Gegenantrag, dass wir das nicht überweisen.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Tiefbau – Umwelt: Ich melde mich jetzt dank Herrn Studer. Denn ich kann Ihnen versichern, bei diesem Postulat prüfen und berichten wir ja zunächst einmal. Und ich möchte vielleicht schon jetzt das „Zückerli“ in die Waagschale werfen: Wir gehen heute davon aus – es gibt auch Erfahrungen aus anderen Gemeinden – dass man eben das Grüngut günstiger daheim abholen könnte als heute den Kehricht. Und wenn diese Voraussetzung geschaffen wird, dann spricht eigentlich nichts dagegen, weder finanziell noch ökologisch, so eine Abfuhr einzuführen. Damit wir das aber genau wissen, möchte ich das natürlich für Sie vorbereiten. Bitte geben Sie mir Gelegenheit dazu.

Bruno Steiger, SD-Fraktion: Also wenn man reell überlegt, Robert Vogt, ich sehe es jetzt – gut, wenn du einen Ein- oder Zweipersonenhaushalt hast und so deinen Kehrichtsack füllst, und ich denke, wegen ein paar Salatblättermörmchen, die man vielleicht beim Rüsten hat, oder ein paar Kartoffelschalen, gehe ich sicher nicht ein Milcheimerchen parat stellen und gehe damit zu dieser so genannten Grünabfuhrstelle. Also das ist dann auch wieder übertrieben. Von dem her: Bleibt ein wenig auf dem Teppich. Und es hat keinen so guten Ruf, das Theater, das sie da in Pratteln machen in dieser Biogasanlage. So gut ist das auch nicht. Es hat ja schon viele Probleme gegeben. Dass es unterm Strich mehr Aufwand als Ertrag ist, das sickert schon langsam durch. Und von dem her – ich sehe einfach nicht ein, dass man alles nachhaffen muss, nur weil es jetzt da zwei, drei Gemeinden angefangen haben. Das ist mein Bedenken.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Ich hatte eigentlich nichts sagen wollen. Aber es nervt mich jetzt ein wenig, dieser Einwand wegen Zweipersonen- oder Einpersonenhaushalten. Wir haben gerade vorhin gehört, dass 4 ½-Zimmer- und 5 ½-Zimmer-Wohnungen geplant sind, und ich nehme nicht an, dass dort nur eine oder zwei Personen drin sind. Und allgemein hat Allschwil viel mehr grosse Wohnungen und viel mehr Mehrpersonen-Haushalte. Und dort fallen nicht nur zwei Salatblättchen an.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Ich möchte kurz begründen, wieso ich überhaupt einen Gegenantrag gestellt habe. Die Vermutung liegt in der Luft, dass ich dagegen bin, weil es ein grünes Thema ist. Dem ist nicht so. Es ist Folgendes: Die Umwelt- und Naturschutzkommission hatte Sitzung, ist in dieser Anlage in Pratteln gewesen. Das Thema ist ziemlich aktuell. Die Firma Bio-Power hat mitgeteilt, dass sie dem Gemeinderat Offerten unterbreitet hat. Und daraus lässt sich doch schliessen, dass der Gemeinderat dieses Geschäft berät. Und wenn man jetzt dazu noch ein Postulat einreicht, dann heisst das für mich einfach ein bisschen, sich in den Vordergrund zu stellen – „Wir haben das lanciert“ – und es gibt eine Doppelspurigkeit. Weil man dann nämlich eine Antwort auf das Postulat geben muss, statt dass der Gemeinderat von sich aus etwas unterbreiten könnte, das er ausgearbeitet hat. Denn ich denke einfach, das kommt schlauer heraus, wenn uns der Gemeinderat direkt informiert, weil er die Schritte gesehen hat, und da ist einiges am Laufen. Und dann können wir über das ganze Geschäft beraten. Aber grundsätzlich: Die SVP würde es begrüssen, wenn es nicht mit grossen Kosten verbunden ist, aber es sieht ja nicht so aus, dass es zu teuer wird.

Peter Hauser, SVP-Fraktion: Ich mache es kurz. Ich sage immer: Wenn einer arbeiten will, dann lass ihn arbeiten und sag nichts. Du kannst immer noch hinterher meckern [*e dummi Schnuure ha*]. Robert Vogt hat sich anboten, das zu machen und uns dann zu berichten. Ich sehe nicht ein, wieso wir dieses Postulat nicht überweisen sollten.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Ich finde das toll, was Josua Studer sagte. Es wurde bei uns in der Fraktion ebenfalls ganz klar diskutiert. Wir waren dort als Kommission. Hätten wir nicht reagiert heute Abend, wäre das nicht auf der Traktandenliste gestanden, dann wäre eine Vorlage von euch gekommen, garantiert. Denn ich weiss, ihr seid an dem Thema dran. Und darum hat es gar keinen Sinn, darüber zu diskutieren. Es kommt tel quel. Es waren immerhin 15 Personen vom Rat und der Kommission dort, um das anzuschauen. Ich denke nicht, dass es nötig gewesen wäre, das jetzt zu diskutieren. Ich bin gespannt, was ihr macht. Ihr kommt sowieso. Geben wir es rüber. Es ist in der Pipeline. Merci. Aber – du hattest Recht!

Susanne Studer, Präsidentin: Es hat keine Wortmeldungen mehr. Wir stimmen ab. Wer das Postulat 3764 überweisen möchte, zeigt das mit der Karte.

://:

Das Postulat wird mit 26 Ja bei 7 Nein und 2 Enthaltungen überwiesen.

344 12.600 Öffentlicher Verkehr

Traktandum 8

Postulat Alice Märky, FDP-Fraktion, vom 16.01.2008 betreffend

S-Bahn-Haltestelle Basel Morgartenring / Allschwil

Antrag Gemeinderat: Entgegennahme / Geschäftsvertretung GR Robert Vogt

Geschäft 3765

Alice Märky, FDP-Fraktion: Das Postulat oder der Antrag betreffend Haltestelle Morgartenring für die S-Bahn ist eben noch ganz, ganz weit hinten in der Pipeline. Ich weiss auch, dass wir als Gemeinde Allschwil sicher nicht das Sagen haben in dieser Beziehung. Aber es geht eigentlich darum, dass Allschwil eine grosse Einzugsgemeinde ist und eventuell auch Richtung Bahnhof etwas bewirken könnte. Also das ist eigentlich die Bitte an den Gemeinderat: sich stark zu machen, wenn das zur Diskussion kommt. Ich denke, Allschwil und unsere Bürger könnten da sehr viel profitieren, auch zum Bahnhof hin. Dann hätten wir doch eine Erleichterung.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Da geht bald ein Traum in Erfüllung. Auch wenn Frau Märky es schon gesagt hat, es ist noch sehr weit weg. Aber ich wäre sehr froh, wenn Sie das heute mit deutlichem Mehr überweisen könnten. Uns geht es darum: Wir können diese Haltestelle nicht direkt beeinflussen. Aber wenn wir wirklich darauf hinarbeiten könnten, hätten wir doch zuerst einmal einen direkten Bahnanschluss. Und deswegen möchte ich Sie bitten, das Postulat zu überweisen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion ist auch dafür, dass man...

Susanne Studer, Präsidentin: Sie müssten einen Gegenantrag stellen für eine Diskussion...

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich ziehe meine Wortmeldung zurück.

Susanne Studer, Präsidentin: Der Gemeinderat nimmt das Postulat entgegen. Wir stimmen ab. Wer das Postulat... Entschuldigung. Möchte noch jemand einen Gegenantrag stellen? – In dem Fall ist das Postulat überwiesen.

://:

Das Postulat wird überwiesen.

Wir kommen zum letzten Traktandum:

345 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 9

**Verfahrenspostulat Josua M. Studer, SVP-Fraktion, vom 31.01.2008
betreffend Überarbeitung des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates
Antrag Büro ER: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung ER - Präsidentin Susanne Studer
Geschäft 3767**

Josua Studer, SVP-Fraktion: Es ist jetzt bald einmal halb 9. Wir hätten noch eine halbe Stunde Zeit. Ich musste hören, dass das ein schwammiges Verfahrenspostulat sei, weil ich nicht ganz klar erläutern würde, was ich eigentlich wolle. Also ich weiss nicht: Eine „Überarbeitung des Geschäftsreglementes Einwohnerrat“ sagt glaube ich klar und deutlich, dass man das Reglement überarbeiten soll. Ich muss meiner Meinung nach bei solch einem Antrag nicht schon Details nennen. Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass ich ja einmal ganz unkompliziert vor mehreren Monaten zu Händen des Einwohnerratsbüros, als Christoph Morat Präsident war, eine Anfrage stellte – wobei ich das nicht mit einem Vorstoss im Parlament tat, sondern einfach eine Abklärung machen wollte an der richtigen Stelle – wie eigentlich die Einhaltung des Reglements gehandhabt wird. Ich hatte dort einige Sachen aufgelistet, bei denen ich einfach sagte, das entspricht nicht dem Geschriebenen im Gesetz. Und dort wurde einfach lapidar gesagt: Ach ja, das muss man nicht so eng sehen, und das ist nicht so wichtig. Und dann stellte ich mir einfach ganz klar die Frage: Wozu haben wir ein Reglement? Ein Reglement ist eine Grundlage, damit man weiss, wie man sich zu verhalten hat, wenn man eine Frage hat, wie man etwas abwickeln soll, dass man dann dort drin nachlesen kann. Und da hat es auch ganz wichtige Sachen, die je nach Wunsch und Particouleur sehr wichtig erscheinen, und handkehrum, wenn ein anderes Particouleur etwas will, dann kommt es nicht so drauf an. Ich mache euch einfach in dem Sinne beliebt, das Verfahrenspostulat zu überweisen, entgegen der Meinung des Einwohnerratsbüros. Denn wenn das Reglement nicht überarbeitet wird, dann gebe ich euch Arbeit. Ich könnte sofort mindestens 20 Verfahrenspostulate schreiben, weil ich aufgeschrieben habe, was da alles im Reglement steht, wir uns aber nicht daran halten - oder sich zum Teil von anderer Seite nicht daran gehalten wird. Und deshalb mache ich euch das beliebt, dass wir das Reglement einmal eingehend prüfen, anpassen. Man könnte dort diverse Sachen, die hinten im Anhang sind, könnte man nämlich eingliedern, dann hätten wir ein übersichtliches Reglement. Ich mache euch das wirklich beliebt. Sonst kommen diese Verfahrenspostulate. Ihr wisst, heute mit dem Computer ist das eine Kleinigkeit, ein paar Sachen zusammenzustellen, und dann haben wir eben einfach ein wenig zu tun.

Susanne Studer, Präsidentin: Ich mache es ganz kurz. Das Büro des Einwohnerrates hat dieses Verfahrenspostulat überprüft und findet, dass zurzeit kein Handlungsbedarf besteht. Deshalb empfiehlt das Büro Ihnen die Nichtüberweisung des Postulats. Die Diskussion ist eröffnet.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion: Also der „Doktor“ geht mir langsam auf die Nerven heute Abend. Ich weiss, dass ich einer bin, aber deswegen spielt es keine Rolle. Es kommt, glaube ich, auf die Qualität der Argumente an. Und genau darauf möchte ich jetzt zu sprechen kommen. Wenn wir das Verfahrenspostulat des Herrn Studer genau analysieren, so verlangt er eigentlich zwei Punkte: In einem ersten behauptet er – behauptet er – das Reglement sei undeutlich verfasst. Da muss ich euch einfach mitteilen, und die, die schon länger in diesem Einwohnerrat sind, [erinnern sich]: Die letzte Fassung entstand, als ich Einwohnerratspräsident war, und ich habe damals eine Menge Lob geerntet für die Neufassung dieses Reglements. Das ist jetzt Eigenlob, das ist mir schon klar, aber ich bin immer noch der Meinung, dass das Reglement im überwiegenden Teil so praktikabel ist. Man hat nämlich damals von gewisser Seite mit genau den gleichen Argumenten gefochten. Das Zweite, Herr Studer, Sie behaupten,

dass dem Reglement oft nicht nachgelebt werde. Das mag durchaus sein, hat aber mit dem Reglement an sich überhaupt nichts zu tun. Sondern das hängt davon ab, wie der Präsident oder die Präsidentin dieses Einwohnerrats, wie souverän er oder sie jeweils mit diesem Reglement umgeht. In diesem Reglement ist bewusst nicht das Allerletzte und Hinterste reglementiert, damit wir in Spezialfällen, die man nicht voraussehen kann, doch eine Entscheidungsmöglichkeit haben. Und ich finde, es ist nicht gut, wenn Sie einfach sagen, es sei undeutlich verfasst. Sie müssen sagen, was Sie gerne hätten, ganz genau. Offenbar haben Sie 20 Punkte, aber nennen Sie die einmal zunächst, bevor Sie ein Verfahrenspostulat losschicken. Warum eine genauere Formulierung? Ich weiss es in sehr vielen Fällen nicht. Ich finde es nicht gut, wenn man uns mit Verfahrenspostulaten droht. Das ist irgendwie, ja, nicht die Art des feinen Mannes.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion: Die SP/EVP-Fraktion kann mit diesem generell formulierten Verfahrenspostulat nichts anfangen. Wir laden den Postulanten ein, das jetzige Verfahrenspostulat zurückzuziehen, stattdessen ein neues einzureichen. Nicht 20 neue – und schon gar nicht uns damit zu drohen. Denn dann werden wir 20 ablehnen. Sondern ein Verfahrenspostulat mit 20 Positionen, die zu prüfen sind. Das Büro wird das prüfen, davon bin ich überzeugt. Vermutlich wird es auch eine Überweisung geben an die Reglementscommission, deren Spezialgebiet das ist. Und dann werden diese 20 Positionen geprüft, davon vielleicht dann auch 20 übernommen. Das jetzige Geschäftsreglement stammt aus dem Jahr 2000. Jetzt eine vollständige Überprüfung zu machen, wo wir doch seit acht Jahren eigentlich recht gut damit leben, ist ein Arbeitsaufwand, der dem Nutzen niemals gerecht wird. Dass jetzt gerade Josua Studer, der immer dahin tendiert, dass man Kosten sparen soll, solch einen Riesenarbeitsaufwand machen möchte – einen generellen Aufwand, mit Vergleich von Reglementen anderer kommunaler Einwohnerräte, oder nachzuschauen, was im Landratsreglement steht, dies, wo wir doch ein Reglement haben, das an sich funktioniert – das ist Verhältnisblödsinn. Aber sehr wohl: Es gibt Änderungsbedarf. Damit bin ich einverstanden. Und ich beteilige mich auch gerne an dieser Diskussion. Das eine oder andere könnte man tatsächlich verbessern. Von dem her: Wir freuen uns auf die 20 Vorschläge, zusammengefasst in einem Verfahrenspostulat, und dann sind wir auch gerne bereit, das zu überweisen, damit man das anschauen kann.

Ich darf noch schnell um die Folie bitten. Herr Beretta sagte es: Manchmal wird nicht danach gelebt. Zuerst habe ich Ihnen gerade ein Beispiel: § 73. Seit ich im Einwohnerrat bin, und das sind jetzt fünf Jahre, weigert sich der Einwohnerratspräsident oder die Einwohnerratspräsidentin, am Schluss der Diskussion jeweils dem Berichterstatter oder dem Antragsteller das Wort zu erteilen. An sich sieht unser Reglement vor, dass es noch ein Schlusswort gibt. Ich durfte anlässlich des Besuches beim Einwohnerrat Riehen erleben, wie das funktioniert. Und ich kann Ihnen sagen, ich finde das eine ganz tolle Idee. Und ich kann nur der jetzigen Einwohnerratspräsidentin und den zukünftigen Einwohnerratspräsidenten empfehlen, endlich § 73 umzusetzen. Man kann bereits schon heute Abend bei diesem Traktandum anfangen. Und es ist für mich unverständlich, dass alle Bisherigen sich geweigert haben, das umzusetzen. Das also ein Beispiel, wo man sich nicht daran hält, und da möchte ich einfach sagen: Ein Reglement ist dazu da, dass man sich daran hält. Und ich sehe es nicht so wie Herr Beretta, dass man da einfach beliebig einen Spielraum hat, sondern eigentlich: Das ist unser Reglement.

Zum Zweiten möchte ich Ihnen ein Beispiel zeigen, wo es vielleicht tatsächlich Handlungsbedarf gibt. § 67, Eintretensdebatte, besagt, bei jedem Geschäft geht es zuerst ums Eintreten. In der Zwischenzeit hat man herausgefunden, dass man das dahin auslegen muss, dass es bei jedem Bericht eine Eintretensdebatte gibt, hingegen bei Vorstössen, so wie wir jetzt gerade einen behandeln, gibt es keine. Das Wort „Geschäft“ ist von dem her nicht gut gewählt. Und es führt auch zu Verwirrung, wie Sie jetzt untendran sehen. Ich habe einfach einmal das Protokoll der letzten Sitzung durchgelesen, und siehe da, der Sitzungsleiter in der Februarsitzung sagte anlässlich eines Verfahrenspostulats: „Wir kommen zur Eintretensdebatte“. Zum Glück kam es nachher nicht dazu. Es wurde auch nie über das Eintreten abgestimmt, sondern man hat dann direkt die Diskussion geführt und nachher über Überweisung oder Nichtüberweisung abgestimmt. Auch Josua Studer ist über diesen Punkt gestolpert. Er sagte anlässlich des Traktandums 9 bei seiner 2. Wortmeldung: „Vorhin habe ich zum Eintreten geredet, jetzt eigentlich zur Sache“. Es ging auch dort um das Überweisen oder Nichtüberweisen eines Postulats, deshalb gab es auch dort gar keine Eintretensdebatte. Das zeigt also, dass man beim § 67 durchaus das eine Wort ersetzen könnte, damit es diese Missverständnisse nicht mehr gibt. Insofern bitte ich Sie also, dieses Postulat nicht zu überweisen, beziehungsweise wir laden den Postulanten ein, es zurückzuziehen und dafür mit diesen 20 Vorschlägen, zusammengefasst in einem Verfahrenspostulat, zu kommen. Dann werden wir das gerne überweisen, damit es bearbeitet werden kann.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Guido Beretta sagte es: Es war in deinem Amtsjahr eine Riesenarbeit geleistet worden. Ein Stück Eigenlob von damals nehme ich noch mit in die Reglementscommission. Da ist einiges gelaufen. Ivo Corvini und ich sassen vis à vis mit fünf anderen Personen und haben das Geschäftsreglement des Einwohnerrates minutiös durchgearbeitet. Es gibt keine Kleinigkeiten zu ändern. Da sind Standpunkte, da sind Erfahrungen, da sind Hintergründe aus etwelchen Ecken, die da diskutiert werden. Ich möchte nur sagen, wir hatten damals in dieser Kommission vier Samstage von neun Uhr am Morgen bis drei Uhr nachmittags, zehn Abende à zwei Stunden. Das war eine Riesenarbeit, diese Sache – das Papier war damals, glaube ich 15 Jahre alt – so vorzubereiten, dass es nachher im Plenum wirklich Hand und Fuss hatte, so dass man sagen konnte: Wow, wir stehen dahinter. Eine „Kleinigkeit“ ist etwas vielleicht für mich, vielleicht für andere überhaupt nicht. Und dann fangen die Diskussionen an: pro „Kleinigkeit“ locker eine Stunde. Ich bin schon froh, wenn man darüber nachdenkt, konkrete Sachen zu bringen. Einfach tel quel einmal irgendwo anzufangen: Wer findet wo ein Komma – passt auf, da komme ich als Fuchs, und da finde ich eine ganze Menge Sachen. Also bitte: konkrete Sachen, und nicht einfach probieren zu rühren in den Bircher-Müesli, wo finde ich vielleicht noch irgendein Körnchen oder nicht.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Dem zukünftigen Gemeinderat Pfaff möchte ich doch danken für diese Aufschlüsselung. Er hat jetzt genau gezeigt, wo die Böcke liegen, wie das Reglement missverstanden wird, dass es wichtig ist, dass wir es überarbeiten. Er hätte natürlich jetzt sehr gerne, dass ich diese Punkte alle detailliert bringe, damit man die Arbeit sonst nicht mehr machen muss. Das geht nicht so einfach. Und das andere ist, lieber Jean-Jacques Winter, dort wo natürlich die SP in Kommissionen aktiv mitarbeitet, dort gibt es auch lange Diskussionen, und immer gerne Diskussionen, damit sie über die volle Stunde hinausgehen, damit es nochmals ein halbes Sitzungsgeld dazugibt. Und es ist einfach nicht Peanuts, wie Komma und Strichlein und Punkte, sondern es sind ganz klar Fristen, die im Geschäftsreglement stehen, und denen nicht nachgelebt wird. Und wenn man das halt im Jahr 2000 super gefunden hat, dann war man vielleicht in einer Euphorie und hat gewisse Sachen nicht gesehen. Oder es hat sich mittlerweile derart verschoben, dass jetzt halt diese Fristen nicht mehr eingehalten werden. Wenn ich nur schon als Beispiel die Fragestunden herausgreife: Uns wird pro Jahr eine Fragestunde unterschlagen. Es steht im Reglement: „In der ersten Sitzung eines Quartals findet eine Fragestunde statt“; es heisst nicht: „je nachdem“, und „wenn möglich“, und „wenn wir Zeit und Lust haben“, und ob Fragen vorliegen oder nicht, sondern: „In jeder ersten Sitzung eines Quartals“, sprich Januar, April, und nachher wäre es dann halt September, und dann gerade wieder Oktober, weil wir ja so die Einwohnerratssitzungen handhaben. Das wäre einfach einmal ein Punkt. Und darüber kann man jetzt diskutieren, wie man will: Dieses Reglement hat einfach Lücken oder Festgeschriebenes, an das sich nicht gehalten wird. Und es ist keine Drohung, wenn ich sage, es gibt Verfahrenspostulate. Sondern das ist der nächste Weg, den ich einschlage. Denn jetzt ein Verfahrenspostulat einzureichen und zu sagen: Ich hätte gern, dass das Geschäftsreglement in diesen und jenen Punkten überarbeitet wird, dann ist das nicht in dem Sinne, wie ich sage, dass man das Ganze anschauen sollte, weil ich ja allein schon 20 Punkte einfach so gefunden habe. Und wenn man das Reglement intensiv anschaut, dann bin ich sicher, man findet noch ein paar Sachen. Drum: Soll ich euch jetzt einfach so eine Auflistung bringen, damit ihr es einfach habt? Ich finde jetzt einfach, man überweist das, dann reicht es das Büro an die Reglementscommission, und die kann dann beraten. Und dort kann man dann in der Sitzung diese Punkte hineinnehmen, und dann hat man auch weniger Papier. Aber ich merke, ihr wollt das nicht haben, und dann redet ihr halt von einer Drohung, dann seht es halt als Drohung an. Dankeschön für die Arbeit.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte nur darauf hinweisen, die Traktandenliste macht das Büro. Und die SVP ist seit drei Jahren im Büro vertreten. Von dort her denke ich: Tipp: Fragstunde. Tipp: Durchführung der Sitzung. Nehmt es zu euch.

Susannen Studer, Präsidentin: Die Rednerliste ist erschöpft... [Zuruf] Es wird nicht hineingeredet! Nach § 73 haben Sie noch das Schlusswort, Herr Studer.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Das ist eben das Schöne, wenn man als Ehepaar im Rat sitzt. Da kommt wenigstens der Mann mal zum Reden. Ich danke vielmals für das Wort und gebe es zurück.

Susannen Studer, Präsidentin: Wir stimmen jetzt ab. Wer das Postulat 3767 überweisen möchte, zeigt das mit der Karte.

://:

Das Postulat wird mit 27 Nein bei 7 Ja und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Susannen Studer, Präsidentin: Wir sind heute früher fertig mit der Traktandenliste. Deshalb findet am 14. Mai keine Einschaltsitzung statt. Die nächste Einwohnerratssitzung ist ganz normal am 21. Mai. Somit schliesse ich die heutige Sitzung.